18. Wahlperiode

Deutscher Bundestag

Sekretariat PA 15
Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur

Der Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur und seine Arbeit in der 18. Wahlperiode

Stand: 9. Februar 2018

©DBT/Urban

Inhalt

I. Einleitung ... 3
II. Mitglieder ... 4
III. Statistik ... 6
IV. Die Themen des Ausschusses ... 8
1. Bundesverkehrswegeplanung ... 8
2. Verkehrsinfrastruktur allgemein ... 10
3. Straßenverkehr ... 12
4. Güterverkehr und Logistik ... 18
5. Eisenbahnwesen ... 20
6. Schifffahrt ... 29
7. Luftverkehr ... 32
8. Öffentlicher Personennahverkehr ... 38
9. Verkehrslärm ... 38
10. Abgasemissionen und Kraftstoffverbrauch ... 39
11. Klimaschutz und EEG ... 41
12. Seilbahnen ... 41
13. Wetter ... 42
14. Raumordnung ... 42
15. Digitale Infrastruktur ... 43
V. Aktivitäten außerhalb der Sitzungen ... 46
1. Erweiterte Berichterstattergespräche ... 46
2. Internationale Kontakte ... 46
3. Besuche von Veranstaltungen im Inland ... 49
Anhang 1 – Mitglieder ... 52
Anhang 2 – Liste der Vorlagen ... 60

I. Einleitung

Der Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur hat sich auch in der 18. Wahlperiode mit einem breiten Spektrum an Themen befasst, die durchweg hohe Relevanz für den Alltag besitzen – Eisenbahnverkehr, schnelles Internet, Dieselabgase, Straßenbau und Infrastrukturabgabe („PKW-Maut“) sind hier nur einige Beispiele. Dies soll Anlass sein, die Arbeit des Ausschusses auch für diese Wahlperiode wieder in einer Gesamtschau darzustellen.

In der letzten Sitzung des Ausschusses in der Wahlperiode hat der Ausschussvorsitzende Martin Burkert, MdB, eine Bilanz der Wahlperiode gezogen, welche die Grundlage der Darstellung bilden soll. Der Vorsitzende hat dabei betont, dass der Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur – trotz aller politischen Differenzen – ein Ausschuss ist, in dem grundsätzlich sachlich und sachorientiert diskutiert wird und in dem viele Ziele über die Parteigrenzen hinweg geteilt werden. Er hat insbesondere allen ausscheidenden Ausschussmitgliedern für die gute Zusammenarbeit und für ihre Arbeit im Ausschuss gedankt. Namentlich hat er dabei Abgeordneten Dirk Fischer (CDU/CSU) erwähnt, der 37 Jahre Mitglied im Verkehrsausschuss war, davon fast 25 Jahre als Sprecher seiner Fraktion.

Seit der 14. Wahlperiode waren die früheren Ausschüsse für Verkehr sowie für Raumordnung, Bau und Stadtentwicklung – entsprechend der Zuständigkeit der korrespondierenden Bundesministerien – zu einem Ausschuss zusammengefasst worden. Mit dem Beginn der 18. Wahlperiode änderte sich das wieder; seitdem ist der 15. Ausschuss auch für die digitale Infrastruktur zuständig, betreut aber nicht mehr die Themen Bau und Stadtentwicklung (aus dem früheren Bauausschuss ist noch das Thema Raumordnung verblieben).
Mit der digitalen Infrastruktur wurden die Aufgaben des Ausschusses um einen zukunftsträchtigen Themenkomplex erweitert. Allerdings beschäftigten sich weitere Ausschüsse mit dem Themenkomplex „Digitales“ (vor allem der Ausschuss für Wirtschaft und Energie, der Innenausschuss und der Ausschuss Digitale Agenda), wodurch sich Fragen der Zuständigkeitsabgrenzung ergaben.

II. Mitglieder

Der Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur hatte in der 18. Wahlperiode je 41 ordentliche und stellvertretende **Mitglieder** (20 CDU/CSU, 13 SPD, 4 DIE LINKE., 4 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – s. Anhang 1).

Vorsitzender des Ausschusses war **Martin Burkert**, MdB (SPD)[1],

sein Stellvertreter **Reinhold Sendker** (CDU/CSU)[2].

[1] hib 17/2014
[2] hib 42/2014

Obleute der Fraktionen waren **Ulrich Lange**, MdB, für die Fraktion der CDU/CSU,

Kirsten Lühmann, MdB, für die Fraktion der SPD,

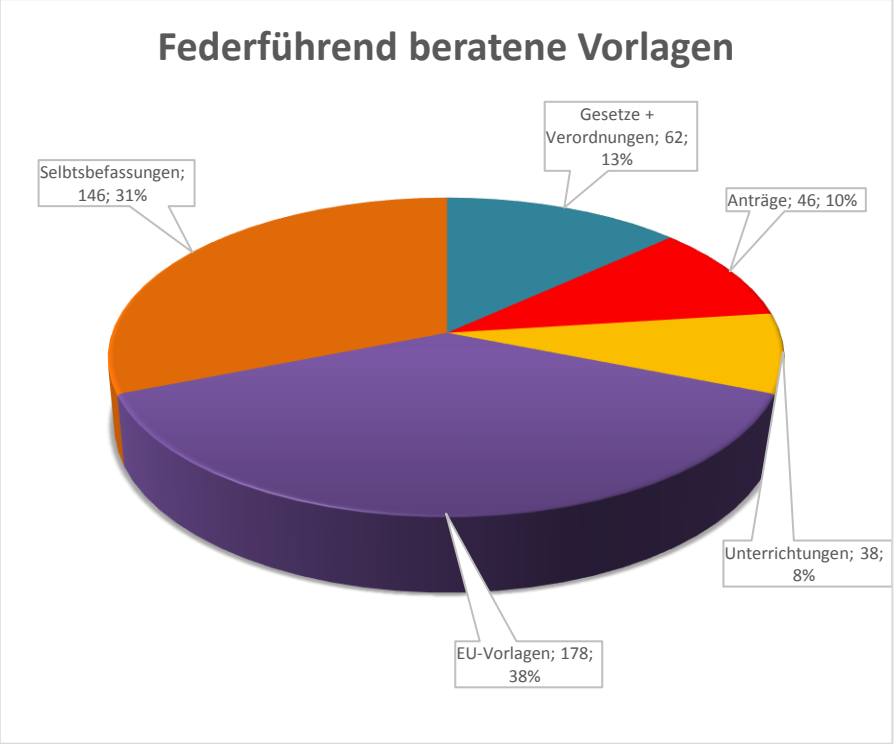
Herbert Behrens für die Fraktion DIE LINKE. und

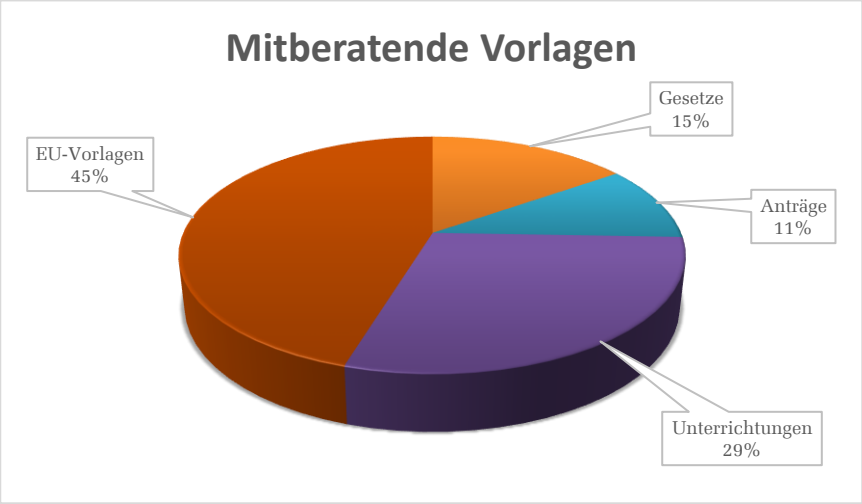
Dr. Valerie Wilms für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die Liste der ordentlichen und stellvertretenden Mitglieder ist in Anhang 1 zu finden.

III. Statistik

Der Ausschuss hat in der 18. Wahlperiode insgesamt **780 Vorlagen beraten**, die ihm überwiesen wurden. Bei 326 Vorlagen war er federführend, bei 454 Vorlagen mitberatend. Vier Vorlagen, nämlich die Haushaltspläne, hat er gutachtlich beraten. Daneben hat sich der Ausschuss im Rahmen von 146 Selbstbefassungen über Themen aus seinem Arbeitsbereich informiert. Von den 130 Gesetzentwürfen und Verordnungen, die er insgesamt beraten hat, war er bei 62 federführend. Soweit nachvollziehbar, handelt es sich hier um eine Rekordzahl. Die Zahl der überwiesenen Anträge, die der Ausschuss beraten hat, lag bei 92. Unterrichtungen hat er 168 beraten, davon 38 federführend; EU-Vorlagen 380, davon 178 federführend.





Die Mitglieder des Ausschusses haben sich zu **insgesamt 117. Sitzungen** getroffen; auch das war ein Rekord. 30 Sitzungen entfielen dabei auf öffentliche Anhörungen. In den Sitzungen hat der Ausschuss zudem 10 Expertengespräche geführt. Darüber hinaus hat der Ausschuss zu insgesamt 19 Tagesordnungspunkten weitere 43 externe Gäste begrüßen können.
Die Obleute des Ausschusses haben zudem 66 **Obleutebesprechungen** geführt. Diesen ging in der Regel jeweils ein Fraktionsreferentengespräch voraus, in dem die koordinierenden Fraktionsreferenten, Vertreter des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur und das Ausschusssekretariat die Vorbesprechungen des Ausschusssekretariats mit dem Ausschussvorsitzenden, die Ausschusssitzungen bzw. die Obleutebesprechungen vorbereitet haben.
Zu erwähnen sind außerdem 15 **erweiterte Berichterstattergespräche**, in denen sich die jeweiligen Berichterstatter außerhalb von Ausschusssitzungen fraktionsübergreifend mit einzelnen Themen in einer Tiefe befasst haben, welche das Zeitbudget einer normalen Ausschusssitzung nicht ermöglicht.
Hinzu kamen unzählige Arbeitsgruppenbesprechungen, Berichterstattergespräche, Koalitionsgespräche, sonstige Abstimmungsgespräche, Verhandlungen und Informationsveranstaltungen usw., die der Vorbereitung der Ausschussberatung dienten, aber nicht über den Ausschuss organisiert wurden.

IV. Die Themen des Ausschusses

1. Bundesverkehrswegeplanung

Das wichtigste Vorhaben der 18. Wahlperiode war im Verkehrsbereich die Bundesverkehrswegeplanung bis 2030. Verkehrsträgerübergreifend ging es hier um Infrastrukturprojekte mit einem Gesamtvolumen von über 270 Milliarden Euro bis 2030. Generell gilt die Bundesverkehrswegeplanung als die „Königsdisziplin“ der Verkehrspolitik. Im Rahmen der Bundesverkehrswegeplanung wird festgelegt, welche Verkehrsprojekte des Bundes mit welcher Priorität im Planungszeitraum realisiert werden sollen. Über die Ausbaugesetze erhält diese Planung rechtliche Verbindlichkeit.

Bereits seit der 17. Wahlperiode hatte sich der Ausschuss mit der Konzeption der neuen Bundesverkehrswegeplanung befasst. Im Juni 2015 ließ er sich dann vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur über die geplante Bürgerbeteiligung bei der Vorbereitung der Bundesverkehrswegeplanung berichten. Im September 2015 hat er die Umsetzung der Grundkonzeption der Bundesverkehrswegeplanung beraten.

In einer Ausschusssitzung am 16. März 2016, die ausschließlich diesem Thema gewidmet war, stellte der Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur Alexander Dobrindt dem Ausschuss den neuen Bundesverkehrswegeplan (BVWP) vor[3]. Der Bundesverkehrswegeplan 2030 wurde später als Bundestagsdrucksache verteilt[4] [5].

Die Fraktion DIE LINKE. brachte in der Folge den Antrag „Bundesverkehrswegeplan 2030 zurückziehen - Klimaschutz- und sozialökologische Nachhaltigkeitsziele umsetzen“[6] [7] und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN brachte den Antrag „Den Bundesverkehrswegeplan zum Bundesnetzplan weiterentwickeln“[8] [9] ein. Nach Meinungsverschiedenheiten zwischen Koalition und Opposition über den Zeitpunkt einer Anhörung zu diesen beiden Anträgen[10] fand diese dann am 7. November 2016 statt.

[3] hib 168/2016
[4] Drucksache 18/9350
[5] hib 464/2016
[6] Drucksache 18/8075
[7] hib 213/2016
[8] Drucksache 18/8083
[9] hib 213/2016
[10] s. Beschlussempfehlung und Bericht auf Drucksache 18/10514, Seite 6 f

Im September 2016 wurden der „Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung des Fernstraßenausbaugesetzes“ [11], der „Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Bundesschienenwegeausbaugesetzes“[12] und erstmals auch ein Gesetz zum Wasserstraßenausbau, der „Entwurf eines Gesetzes über den Ausbau der Bundeswasserstraßen und zur Änderung des Bundeswasserstraßengesetzes“[13] im Deutschen Bundestag eingebracht und im weiteren Verlauf – ebenso wie der Bundesverkehrswegeplan 2030 – an den Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur zur federführenden Beratung überwiesen.

Am 28. September 2016 verständigte sich der Ausschuss einstimmig auf einen **Zeitplan** für die Beratungen zur Bundesverkehrswegeplanung. Der Zeitplan wurde im Oktober[14] und November 2016 umgesetzt. Der Ausschuss beriet die Vorlagen zur Bundesverkehrswegeplanung in insgesamt 12 Sitzungen. Am 24. Oktober 2016 – in einer sitzungsfreien Woche – hat sich der Ausschuss in einer **Sondersitzung** mit Bundesfernstraßenprojekten in den Bundesländern Hamburg, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Sachsen-Anhalt, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern befasst. Einen Tag später ging es in weiteren Sondersitzungen um Projekte in den Bundesländern Bayern, Thüringen, Berlin, Brandenburg und Sachsen sowie um Projekte in den Bundesländern Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland. Mit Schiene und Wasserstraße befasste sich der Ausschuss in zwei Sondersitzungen am 26. Oktober 2016.

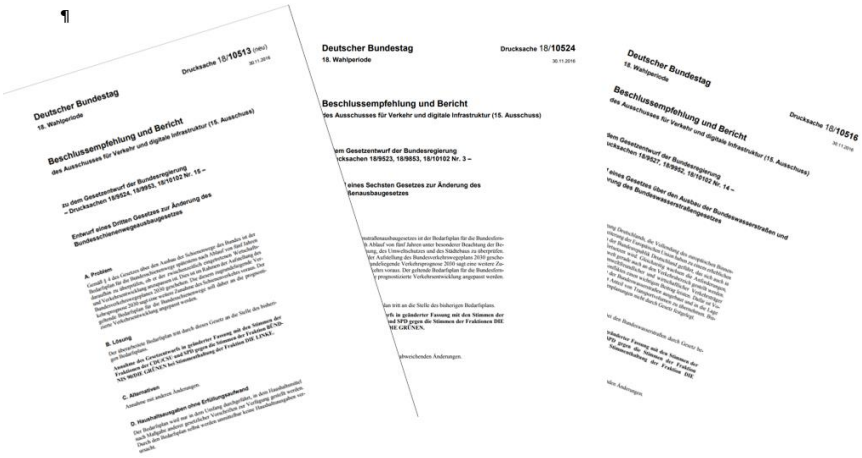
Vier öffentliche **Anhörungen** zum Bundesverkehrswegeplan und zu den Fraktionsanträgen sowie zu den einzelnen Ausbaugesetzen führte der Ausschuss am 7.[15] und 9. November 2016[16] durch[17]. Am 23. November 2016 entschied der Ausschuss in einem viereinhalbstündigen „**Abstimmungsmarathon**“ über hunderte von Änderungsanträgen zu den drei Ausbaugesetzen[18]. Die abschließenden Beratungen und die Schlussabstimmungen zu allen sechs Vorlagen erfolgten am 30. November 2016[19]. Auf dieser Grundlage übermittelte der Ausschuss dem Plenum vier

[11] Drucksache 18/9523
[12] Drucksache 18/9524
[13] Drucksache 18/9527
[14] hib 622/2016
[15] hib 651/2016
[16] hib 661/2016
[17] Wortprotokolle der 83. Sitzung, 84. Sitzung, 85. Sitzung, 87. Sitzung
[18] hib 687/2016
[19] hib 704/2016

Beschlussempfehlungen[20]. Am 2. Dezember 2016 fand dann die abschließende Beratung im Plenum des Deutschen Bundestages statt[21].

Erste Seiten der Beschlussempfehlungen zu den drei Ausbaugesetzen

November 2016


Deutscher Bundestag
18. Wahlperiode
Drucksache 18/10513 (neu)
30.11.2016
Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur (15. Ausschuss)
zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung
– Drucksachen 18/9524, 18/9952, 18/10102 Nr. 15 –
Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Bundesfernstraßenausbaugesetzes
A. Problem
B. Lösung
C. Alternativen
D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Deutscher Bundestag
18. Wahlperiode
Drucksache 18/10524
30.11.2016
Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur (15. Ausschuss)
zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung
– Drucksachen 18/9523, 18/9853, 18/10102 Nr. 3 –
Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung des Bundesfernstraßenausbaugesetzes

Deutscher Bundestag
18. Wahlperiode
Drucksache 18/10516
30.11.2016
Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur (15. Ausschuss)
zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung
– Drucksachen 18/9527, 18/9952, 18/10102 Nr. 14 –
Entwurf eines Gesetzes über den Ausbau der Bundeswasserstraßen und zur Änderung des Bundeswasserstraßengesetzes

2. Verkehrsinfrastruktur allgemein

Auch jenseits der Bundesverkehrswegeplanung hat der Ausschuss sich intensiv mit dem Ausbau der Verkehrsinfrastruktur befasst.

Ein Projekt war hier der Bau einer festen **Fehmarnbeltquerung**, die in den Ausschussberatungen in verschiedenen Zusammenhängen kontrovers diskutiert wurde. Bei der festen Fehmarnbeltquerung geht es um eine Verbindung unter dem Fehmarnbelt zwischen Dänemark und Deutschland. Im Februar 2015 ließ sich der Ausschuss vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur über den Sachstand bei dem Projekt unterrichten. Im April desselben Jahres beriet er dazu den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Transparenz herstellen und Verhandlungen über den Ausstieg aus dem Staats-

[20] Drucksachen 18/10513, 18/10516, 18/10514, 18/10524
[21] Plenarprotokoll der 207. Sitzung am 2. Dezember 2016

vertrag über den Bau einer festen Fehmarnbelt-Querung aufnehmen“[22] [23]. Das Thema spielte auch bei mehreren Begegnungen mit dänischen Parlamentariern und Regierungsvertretern in Kopenhagen und Berlin eine wichtige Rolle.

Im Bereich Verkehrsinfrastruktur hat sich der Ausschuss außerdem mit den **Verkehrsinvestitionsberichten** für 2012[24], 2013[25] [26] und 2014[27] [28] [29], dem 2015 geplanten Investitionspaket, der **Connecting Europe Facility** (Mitteilung der Kommission - Aufbau des Verkehrskernnetzes: Kernnetzkorridore und die Fazilität "Connecting Europe"[30]), den Auswirkungen der geplanten Mittelumschichtungen aus der Connecting Europe Facility (CEF) zugunsten des Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) auf die Finanzierung und Umsetzung von **TEN-Verkehrsprojekten** befasst. Den **Verkehrsinfrastrukturbericht** des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur hat er im Juni 2016 beraten. Auch die Ergebnisse der beiden Kommissionen zur Verkehrsinfrastrukturfinanzierung (**Bodewig / Daehre**) waren Gegenstand der Ausschussberatungen. Hierzu hat der Ausschuss im Februar 2014 ein Gespräch mit den Vorsitzenden der beiden Kommissionen Prof. Kurt Bodewig und Dr. Karl-Heinz Daehre geführt[31].

Gegenstand der Beratungen war auch die **Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft** (VIFG). Im Jahr 2015 beriet der Ausschuss dazu das „Erste Gesetz zur Änderung des Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaftsgesetzes“[32] [33] [34]. Dieses betraf die Erweiterung der gesetzlich festgelegten Aufgaben der Gesellschaft um die Verteilung sonstiger Straßenbaumittel, die ihr zur Verfügung gestellt werden. Ebenfalls hat sich der Aus-

[22] Drucksache 18/3917
[23] hib 207/2015
[24] Drucksache 18/580
[25] Drucksache 18/5520
[26] hib 387/2015
[27] Drucksache 18/8800
[28] hib 392/2016
[29] hib 531/2016
[30] Ratsdok. 5166/14
[31] hib 65/2014
[32] Drucksache 18/6487
[33] hib 559/2015
[34] hib 590/2015

schuss mit den Berichten zur Tätigkeit der Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft für das Jahr 2012[35] [36] bzw. für das Jahr 2013[37] [38] auseinandergesetzt.

Immer wieder kam im Ausschuss das von den Fraktionen sehr kontrovers bewertete Thema Öffentlich-Private-Partnerschaften (**ÖPP**) zur Sprache. Unter anderem berichtete das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur im Juni 2015 zu dem sog. ÖPP-Verfügbarkeitsmodell. Im April 2016 befasste sich der Ausschuss mit dem Bericht der Bundesregierung über ÖPP-Projekte im Betrieb[39] und ließ sich vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur über ÖPP-Projekte im Bundesfernstraßenbau berichten. In der letzten Sitzung des Ausschusses in der 18. Wahlperiode, einer Sondersitzung, ging es um die Situation der Betreibergesellschaft A1 Mobil und Konsequenzen der Bundesregierung in Bezug auf die Beschaffungsvariante ÖPP. Das Thema wurde aber auch darüber hinaus im Ausschuss immer wieder diskutiert.

3. Straßenverkehr

Der Ausschuss hat im Bereich des Straßenverkehrs eine Vielzahl von Gesetzgebungsvorhaben beraten.

Ein Aspekt war die stärkere **Nutzerfinanzierung** der Straßeninfrastruktur.

Bei der bestehenden **Maut für Lastkraftwagen** (Lkw) wurde im Jahr 2014 das „Zweite Gesetz zur Änderung des Bundesfernstraßenmautgesetzes“[40] [41] beraten. Dabei ging es vor allem um die **Senkung von Mautsätzen** aufgrund eines neuen Wegekostengutachtens. Zu diesem Gesetzentwurf hat der Ausschuss am 6. Oktober 2014 eine öffentliche Anhörung durchgeführt[42] [43]. Das **mautpflichtige Streckennetz** bei der LKW-Maut wurde 2015 ausgedehnt[44]. Zu dem entsprechenden „Dritten Gesetz zur

[35] Drucksache 18/207
[36] hib 4/2014
[37] Drucksache 18/3014
[38] hib 551/2014
[39] Drucksache 18/6898
[40] Drucksache 18/2444
[41] hib 437/2014
[42] hib 494/2014
[43] Wortprotokoll der 16. Sitzung
[44] hib 69/2015

Änderung des Bundesfernstraßenmautgesetzes“[45] hat der Ausschuss am 16. März 2015 eine öffentliche Anhörung durchgeführt.[46]
Dann wurde die Maut für Lastkraftwagen (Lkw) 2016 mit dem Vierten Gesetz zur Änderung des Bundesfernstraßenmautgesetzes[47] **auf alle Bundesstraßenabschnitte** ausgedehnt[48] [49] [50].
Beraten wurden außerdem zwei – auch im Plenum eingebrachte – Änderungsanträge[51] und ein Entschließungsantrag[52] der Fraktion DIE LINKE, mit denen unter anderem eine Zweckbindung und die Ausweitung auf Fernbusse gefordert wurden.
Bereits 2014 hatte sich der Ausschuss mit dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „LKW-Maut nachhaltig und ökologisch ausrichten“[53] auseinandergesetzt[54].
Das „Gesetz zur Änderung mautrechtlicher Vorschriften hinsichtlich der Einführung des **europäischen elektronischen Mautdienstes**“[55] [56] wurde ebenfalls im Jahr 2014 beraten.

Auch **mautbedingte Verkehrsverlagerungen** auf Bundesfernstraßen standen im Zusammenhang mit der LKW-Maut[57] auf der Tagesordnung des Ausschusses.

Auch für Personenkraftwagen (PKW) wurde eine **Infrastrukturabgabe** eingeführt (sog. PKW-Maut). Die Ausgestaltung der „PKW-Maut“ war in der in der 18. Wahlperiode innenpolitisch das am meisten umstrittene Thema in der Verkehrspolitik, sie führte aber auch international zu Kontroversen.

Den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Einführung der Infrastrukturabgabe [58] [59] hat der Ausschuss in drei Sitzungen beraten. Am 18. März 2015 fand eine öffentliche Anhörung statt, bei der durch die geladenen Sachverständigen unter anderem

[45] Drucksache 18/3923
[46] Wortprotokoll der 34. Sitzung
[47] Drucksachen 18/9440; 18/10440.
[48] hib 604/2016
[49] hib 657/2016
[50] hib 491/2016
[51] s. Drucksachen 18/10497, 18/10498.
[52] Drucksache 18/10499.
[53] Drucksache 18/1620
[54] hib 306/2014
[55] Drucksache 18/2656
[56] hib 515/2014, hib 500/2014
[57] hib 723/2016
[58] Drucksache 18/3990.
[59] hib 80/2015

die Vereinbarkeit mit dem Europarecht sowie die Wirtschaftlichkeit der Abgabe beleuchtet wurden.[60] [61] Im Ergebnis der Beratungen sprach sich der Ausschuss mehrheitlich für die Annahme mit Änderungen[62] aus[63].
Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN forderte dann im Mai 2016 in einem Antrag[64], die PKW-Maut zurückziehen und den Konflikt mit der EU-Kommission beenden[65].

Anfang 2017 war der Ausschuss mit Änderungen der Infrastrukturabgabe[66] befasst, auf die sich die Bundesregierung mit der EU-Kommission verständigt hatte. Der Ausschuss hat zu dem „Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Infrastrukturabgabengesetzes“[67] am 20. März 2017 eine öffentliche Anhörung durchgeführt[68]. Zeitgleich mit dem Entwurf des Änderungsgesetzes der Bundesregierung[69] wurde der von der Fraktion DIE LINKE. eingebrachte „Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung des Gesetzes über die Erhebung einer zeitbezogenen Infrastrukturabgabe für die Benutzung von Bundesfernstraßen (Infrastrukturabgabenaufhebungsgesetz“)[70] beraten.

Der Ausschuss hat des Weiteren mitberatend die Überführung der **Bundesfernstraßenverwaltung** in eine bundeseigene Infrastrukturgesellschaft Verkehr und die dafür erforderlichen Verfassungsänderungen behandelt[71]. Mitglieder des Verkehrsausschusses nahmen an einer öffentlichen Anhörung im Haushaltsausschuss am 27. März 2017 teil.[72] In der 113. Sitzung am 31. Mai 2017 wurden unter anderem die im Gesetzentwurf vorgesehenen Privatisierungsschranken erörtert. Unterschiedlich bewertet wurden insbesondere die Regelungen über öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP)[73]. Federführend hatte der Ausschuss bereits 2016 den Antrag Fraktion DIE LINKE. „Planun-

[60] Protokoll 18/36
[61] hib 145/2015
[62] Drucksache 18/4455.
[63] hib 166/2015
[64] Drucksache 18/8397
[65] hib 278/2016
[66] Drucksache 18/11237.
[67] Drucksache 18/11237
[68] hib 170/2017, Protokoll 18/100
[69] hib 115/2017
[70] Drucksache 18/11012.
[71] Drucksache 18/11131.
[72] Stenografisches Protokoll 18/101
[73] hib 344/2017

gen für die Gründung einer Bundesfernstraßengesellschaft sofort einstellen“[74] [75] [76] beraten[77]. Dazu führte er am 13. April 2016 eine öffentliche Anhörung durch[78].

Ein strittiges Thema im Bereich des Rechts der Bundesfernstraßen war die Ausweitung des Katalogs der Infrastrukturvorhaben im Bundesfernstraßengesetz, für die das **Bundesverwaltungsgericht als erste und einzige Gerichtsinstanz** bei Klagen gegen Planfeststellungsbeschlüsse zuständig ist (Anlage zu § 17e Absatz 1 des Bundesfernstraßengesetzes). Bei dem dazu vorgelegten „Entwurf eines Siebten Gesetzes zur Änderung des Bundesfernstraßengesetzes“[79] ging es zudem um die Möglichkeit für den Bund, sich im verfassungsrechtlich vorgegebenen Rahmen finanziell am Bau von **Radschnellwegen** in fremder Baulast zu beteiligen[80]. Zu dem Gesetzentwurf führte der Ausschuss am 27. März 2017 eine öffentliche Anhörung durch[81].

Bereits 2015 hatte sich der Ausschuss mit dem „Sechsten Gesetz zur Änderung des Bundesfernstraßengesetzes[82] auseinandergesetzt, bei dem es vor allem darum ging, die Voraussetzungen für einen zeitnahen Ersatzbau für die beschädigte **Rheinbrücke bei Leverkusen** zu schaffen[83].

Der Ausschuss befasste sich des Weiteren mit verschiedenen Vorlagen zum **Straßenverkehrsgesetz**. Das im Jahr 2014 beratene „Gesetz zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes und der Gewerbeordnung“[84] sollte vor allem sicherzustellen, dass den Fahrerlaubnisbehörden für die Neuerteilung einer Fahrerlaubnis nach Erlöschen ggf. auch noch nach Jahren die hierfür erforderlichen Daten zur Verfügung stehen.
In seiner 74. Sitzung am 6. Juli 2016 beriet der Ausschuss[85] den „Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes und anderer Gesetze“[86], mit dem unter anderem Regelungen über eine internetbasierte Zulassung sowie

[74] Drucksache 18/6547
[75] hib 577/2015
[76] hib 197/2016
[77] hib 342/2016
[78] Wortprotokoll der 64. Sitzung
[79] Drucksache 18/11236
[80] hib 115/2017
[81] hib 202/2017, Redigiertes Wortprotokoll der 105. Sitzung
[82] Drucksache 18/4281
[83] hib 134/2015
[84] Drucksache 18/2134
[85] Drucksache 18/9084.
[86] Drucksache 18/8559.

über die Beleihung Privater zur Begleitung von Schwertransporten eingeführt wurden[87].

Anfang 2017 standen sodann weitere Änderungen des Straßenverkehrsrechts auf der Tagesordnung: Ein Gesetzentwurf der Bundesregierung[88] [89] zielte im Wesentlichen darauf ab, **hoch- oder vollautomatisierte Kraftfahrzeuge** im öffentlichen Straßenverkehr zuzulassen und Deutschland in diesem Bereich als führenden Markt zu etablieren. Eine öffentliche Anhörung dazu fand in der 101. Sitzung am 20. März 2017 statt[90]. Dabei ging es insbesondere um die Verteilung der rechtlichen Verantwortlichkeit zwischen Fahrer, Halter und Hersteller. Erheblichen Raum nahm die Frage ein, welches Maß an Aufmerksamkeit der Fahrer während des automatisierten Fahrbetriebs aufrechterhalten müsse und welche technischen Vorkehrungen der Hersteller zu treffen habe.[91] In der 106. Sitzung am 29. März 2017 wurde der Entwurf abschließend beraten. Neben den oben erwähnten Aspekten spielten hierbei die Regelungen zur Datenverarbeitung eine Rolle. Ein weiterer Aspekt waren ethische Implikationen, die auch im Bericht der durch das BMVI eingesetzten Ethik-Kommission „Automatisiertes und vernetztes Fahren“ unter Leitung des früheren Richters am Bundesverfassungsgerichtes Di Fabio thematisiert wurden[92].

Bereits im Jahr 2016 hatte der Ausschuss den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Artikel 8 und 39 des Übereinkommens vom 8. November 1968 über den Straßenverkehr[93] (**Wiener Übereinkommen**) beraten. Mit dem Gesetz wurden Änderungen des Wiener Übereinkommens gebilligt, die unter anderem vorsahen, dass Systeme, welche die Führung eines Fahrzeugs beeinflussen, als zulässig erachtet werden, wenn diese den einschlägigen technischen Regelungen der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (UNECE) entsprechen oder die Systeme so gestaltet sind, dass sie durch den Fahrer übersteuerbar oder abschaltbar sind[94].

[87] hib 306/2016
[88] Drucksache 18/11300.
[89] hib 12/2017
[90] hib 170/2017, Wortprotokoll der 101. Sitzung
[91] Protokoll 18/101
[92] Bericht unter: https://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Publikationen/G/bericht-der-ethik-kommission.pdf?__blob=publicationFile.
[93] Drucksache 18/8951
[94] hib 403/2016

Beraten wurde außerdem ein Gesetzentwurf der Bundesregierung für ein **Carsharinggesetz** (Entwurf eines Gesetzes zur Bevorrechtigung des Carsharing (Carsharinggesetz – CsgG) [95]) und ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN („Intelligente Mobilität fördern - Rechtssichere Regelung zur Ausweisung von Carsharing-Stationen schaffen“)[96] [97]. Im Kern ging es darum, Rechtsgrundlagen für verschiedene Bevorrechtigungen von Carsharing-Fahrzeugen (z.B. beim Parken) im öffentlichen Straßenverkehr zu schaffen.
In einer öffentlichen Anhörung in der 103. Sitzung am 22. März 2017[98] gaben die geladenen Sachverständigen insbesondere zu den Erfahrungen mit den verschiedenen Modellen und den Bedürfnissen der Gemeinden Auskunft[99]. In der Ausschusssitzung war umstritten, ob eine bundesweite Regelung auf Basis des Straßenverkehrsrechts zulässig, oder eine straßenrechtliche Regelung für die Bundesstraßen als Muster für die Länder vorzuziehen sei.

Ebenfalls diskutiert wurden Bevorrechtigungen für **Elektrofahrzeuge** durch das Elektromobilitätsgesetz[100] [101], mit denen Förderungsmaßnahmen aus der 17. Wahlperiode ergänzt werden sollten[102]. Eine öffentliche Anhörung fand in der 30. Sitzung am 4. Februar 2015 statt[103] [104] Kontrovers wurde im Ausschuss insbesondere die Möglichkeit diskutiert, Busspuren für E-Fahrzeuge zu öffnen.
Unter den Maßnahmen der Bundesregierung zur Förderung der Elektromobilität wurde im Ausschuss vor allem die sog. **Kaufprämie** (Umweltbonus) für Elektroautos kontrovers beurteilt. Der Ausschuss hat sich auch mit der Förderrichtlinie Elektromobilität, dem Nationalen Innovationsprogramm **Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie** des BMVI[105] sowie mit der Forschung und der Entwicklung alternativer Antriebe befasst.

Bei der **Strafbarkeit nicht genehmigter Kraftfahrzeugrennen** im Straßenverkehr lag die Federführung beim Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz. Wegen der erheblichen Bedeutung für die Sicherheit des Straßenverkehrs wurden die Vorlagen dazu

[95] Drucksachen 18/11285; 18/11770, s. a. hib 129/2017
[96] Drucksachen 18/7652; 18/11770.
[97] hib 117/2016
[98] hib 186/2017
[99] Wortprotokoll der 104. Sitzung
[100] Drucksachen 18/3418; 18/4174.
[101] hib 631/2014
[102] hib 97/2015
[103] Wortprotokoll der 30. Sitzung
[104] hib 64/2015
[105] hib 590/2016

aber auch im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur intensiv beraten[106], speziell in einer Sondersitzung am 27. Juni 2017. Auch ansonsten war die **Sicherheit des Straßenverkehrs** ein wichtiges Thema, z. B. bei der Beratung der Berichte über Maßnahmen auf dem Gebiet der Unfallverhütung im Straßenverkehr [107] [108] [109] [110].

Auch mit dem „Bericht der Bundesregierung zum Stand und Fortschritt der Verhandlungen über einen **barrierefreien Fernbuslinienverkehr** auf EU-Ebene“[111] [112] hat sich der Ausschuss 2015 auseinandergesetzt. Er hat dazu in seiner Sitzung am 25. Februar 2015 ein Fachgespräch mit Christiane Leonhard vom Bundesverband Deutscher Omnibusunternehmer, Frank Schneider vom Verband des TÜV und Ulf Schwarz vom Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter geführt.

Weitere Beratungsthemen aus dem Bereich des Straßenverkehrs waren unter anderem:

- Private Fahrdienstleistungen in Konkurrenz zum Taxigewerbe
- Entwicklung des **Fernbusmarktes**
- Änderungen des **Fahrlehrergesetzes**, zu denen der Ausschuss am 8. März 2017 eine öffentliche Anhörung durchgeführt hat[113]. Im März 2017 hat der Ausschuss den Gesetzentwurf mit Änderungen angenommen[114].
- Radverkehrsförderung[115], unter anderem durch Radwege an Bundesfernstraßen

4. Güterverkehr und Logistik

Das **Güterkraftverkehrs-** und das **Fahrpersonalgesetz**[116] sind in der 18. Wahlperiode novelliert worden.

[106] Drucksache 18/10145 (Gesetzentwurf des Bundesrates – Entwurf eines ... Strafrechtsänderungsgesetzes – Strafbarkeit nicht genehmigter Kraftfahrzeugrennen im Straßenverkehr) und 18/12558 (Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Verkehrssicherheit erhöhen - Raserei und illegale Autorennen wirksam bekämpfen)
[107] Drucksache 18/2420
[108] hib 440/2014
[109] Drucksache 18/9640
[110] hib 554/2016
[111] Drucksache 18/3544
[112] hib 658/2014
[113] hib 142/2017, Wortprotokoll der 99. Sitzung
[114] hib 181/2017
[115] s. z. B. hib 219/2017
[116] Drucksache 18/11431

2015 wurde das **Fahrpersonalgesetz** mit dem „Vierten Gesetz zur Änderung des Fahrpersonalgesetzes“[117] [118] [119] an geändertes EU-Recht angepasst.

Bei einer öffentlichen Anhörung zu dem „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Güterkraftverkehrsgesetzes, des Fahrpersonalgesetzes, des Gesetzes zur Regelung der Arbeitszeit von selbständigen Kraftfahrern, des Straßenverkehrsgesetzes und des Gesetzes über die Errichtung eines Kraftfahrt-Bundesamtes“[120] in der 97. Sitzung am 6. März 2017 informierte sich der Ausschuss über die **Situation der Berufskraftfahrer**[121]. In der Folge wurden unter anderem im Fahrpersonalgesetz längere Aufbewahrungspflichten für die Aufzeichnungen über Lenk- und Ruhezeiten verankert, um sicherzustellen, dass das Mindestlohngesetz eingehalten wird. Es wurde zudem klargestellt, dass die unionsrechtlich vorgeschriebenen, regelmäßigen wöchentlichen Ruhezeiten nicht im Fahrzeug verbracht werden dürfen. Der Ausschuss hat dem Plenum darüber hinaus auf Grundlage eines Antrags der Fraktionen der CDU/CSU und SPD eine Entschließung vorgeschlagen, mit der z.B. eine stärkere Kontrolle der Sozialvorschriften gefordert wird[122].

Zu den Themen Güterverkehr und Logistik allgemein hat sich der Ausschuss unter anderem im Februar 2015 über den **Mindestlohn** im Verkehrsgewerbe - Transit-, Kabotage- und Ziel- und Quellverkehre – berichten lassen. Auch die Weiterentwicklung des **Aktionsplans "Güterverkehr und Logistik"** des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur war Gegenstand der Ausschussberatungen. Über die Studie des Umweltbundesamtes **"Finanzierung einer nachhaltigen Güterverkehrsinfrastruktur"** führte der Ausschuss 2016 ein Gespräch mit einem Vertreter des Umweltbundesamtes.

Ferner wurde in der 18. WP das **Berufskraftfahrer-Qualifikations-Gesetz** novelliert.[123] [124] [125] Das „Zweite Gesetz zur Änderung des Berufskraftfahrer-Qualifikations-Gesetzes“[126] hat der Aus-

[117] Drucksache 18/3254
[118] hib 650/2014
[119] hib 601/2014
[120] Drucksache 18/10882
[121] Wortprotokoll der 97. Sitzung
[122] Drucksache 18/11431.
[123] Drucksache 18/9851.
[124] hib 238/2016
[125] hib 553/2016
[126] Drucksache 18/8183

schuss im Jahr 2016 beraten. Die dort vorgesehenen Änderungen zielten darauf ab, einen Missbrauch von Regelungen zur beschleunigten Grundqualifikation und Weiterbildung zu verhindern. Zu dem Gesetz führte der Ausschuss am 22. Juni 2016 eine öffentliche Anhörung durch[127] [128]. In einer Entschließung auf Grundlage eines Antrags der Fraktionen der CDU/CSU und SPD wurden unter anderem ein zentrales Register der Ausbildungsstätten sowie ein bundesweiter Fahrer-Qualifikationsnachweis gefordert[129].

Das Thema **Kombinierter Verkehr** spielte in den Ausschussberatungen in verschiedenen Zusammenhängen eine Rolle. Am 11. November 2015 führte der Ausschuss ein Expertengespräch zum aktuellen Stand und zu Entwicklungen im Bereich Kombinierter Verkehr mit Vertretern der DB Schenker Rail AG, dem Netzwerk Europäischer Eisenbahnen e.V., dem Bundesverband Öffentlicher Binnenhäfen e. V., der Rail Runner Europe GmbH, der Kombiverkehr Deutsche Gesellschaft für kombinierten Güterverkehr mbH & Co. KG und der Cargo Beamer AG durch.

5. Eisenbahnwesen

Im Bereich des Eisenbahnwesens war der **Ausbau des Schienennetzes in Deutschland** – auch jenseits der Bundesverkehrswegeplanung – ein bedeutendes Thema der Ausschussberatungen.

Mit dem Ausbau des **grenzüberschreitenden Schienenverkehrs** hat sich der Ausschuss ebenfalls befasst[130] [131] [132]. Hier war unter anderem das „Gesetz zu dem Abkommen vom 14. November 2012 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Zusammenarbeit im Bereich des Eisenbahnverkehrs über die deutsch-polnische Staatsgrenze“[133] [134] [135] ein wichtiger Beratungsgegenstand. Der grenzüberschreitende Schienenverkehr zwischen Polen und Deutschland spielte auch bei dem Besuch einer Delegation des Ausschusses in Polen im

[127] Wortprotokoll der 72. Sitzung
[128] hib 385/2016
[129] Drucksache18/9851
[130] z. B. der Bericht „Projektfortschritte Ausbau der grenzüberschreitenden Schienenverkehrsachsen“, Drucksache 18/357
[131] hib 39/2014
[132] hib 170/2014
[133] Drucksache 18/6931
[134] hib 653/2015
[135] hib 18/2016

Sommer 2016 und dem Besuch einer Delegation des Infrastrukturausschusses des Sejm der Republik Polen im März 2017 eine wichtige Rolle. Ausführlich wurde das Thema in einem Fachgespräch Schienenverkehr am 30. März 2017 erörtert, an dem außer polnischen und deutschen Abgeordneten auch Ministerpräsident Dietmar Woidke, der Koordinator für die deutsch-polnische Zusammenarbeit, sowie Vertreter des Auswärtigen Amtes, der DB Netz AG, des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV), des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg GmbH (VBB), der EVG Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft, des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung Brandenburg und des Verkehrsverbunds Oberlausitz-Niederschlesien teilnahmen.
Auch die grenzüberschreitenden Schienenverbindungen nach Tschechien, in die Schweiz, nach Österreich und nach Dänemark waren Themen der Ausschussberatungen.

Intensiv und kontrovers hat der Ausschuss die Zukunft des **Auto- und Nachtreisezugverkehrs** in Deutschland erörtert. Hintergrund der Diskussion war das Vorhaben der DB AG, den Auto- und Nachtreisezugverkehr vollständig aufzugeben. Im Ausschuss wurde zu dem Thema ein Antrag der Koalitionsfraktionen angenommen[136]; zwei Anträge der Fraktion DIE LINKE.[137] sowie ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN[138] [139] wurden abgelehnt. Im Januar 2015[140] [141] [142] und im Februar 2017 fanden öffentliche Anhörungen zu der Thematik statt[143].

Ein weiterer Beratungsgegenstand im Bereich des Eisenbahnwesens waren **Grundsatzfragen der Bahnpolitik**. Dabei ging es auch um die grundsätzliche Ausrichtung des DB Konzerns bzw. einzelner Konzernsparten. Neben der Beratung von Vorlagen[144]

[136] Kooperationsmodelle im Nachtzugverkehr stärken, Drucksache 18/12363, s. a. hib 322/2017
[137] Antrag „Rückzug der Deutschen Bahn AG bei Nacht- und Autoreisezügen stoppen - Nachhaltige Reisekultur in Europa fördern“, Drucksache 18/2494; Antrag „Die Nachtzüge retten - Klimaverträglichen Fernreiseverkehr auch in Zukunft ermöglichen“, Drucksache 18/7904, hib 362/2017, hib 171/2016
[138] Antrag „Nachtzugverkehr als Teil moderner und klimafreundlicher Mobilität ausbauen – Zehn-Punkte-Plan für ein europäisches Nachtzugnetz“, Drucksache 18/12560
[139] hib 362/2017
[140] hib 45/2015
[141] Wortprotokoll der 26. Sitzung
[142] hib 21/2015
[143] Wortprotokoll der 95. Sitzung
[144] Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Die Bahnpolitik auf das richtige Gleis setzen“, Drucksache 18/10383, hib 687/2016

hat der Ausschuss dazu wiederholt Gespräche mit Repräsentanten des Konzerns geführt: Im Mai 2014 ging es dabei in einem Gespräch mit Dr. Karl-Friedrich Rausch um die Bilanz der DB, Probleme mit DB Schenker und die Zukunft Bahndividende, im März 2015 war Thema eines Gesprächs mit Dr. Rüdiger Grube und Dr. Richard Lutz die aktuelle Situation der Deutschen Bahn AG. Im September 2015 wurde in einem Gespräch mit Dr. Rüdiger Grube erneut die aktuelle Situation der Deutschen Bahn AG thematisiert. Im Juni 2016 betraf ein Gespräch mit Dr. Rüdiger Grube Weichenstellungen bei der Deutschen Bahn AG. In einem Gespräch im April 2017, an dem auch Bundesminister Alexander Dobrindt teilnahm, hat sich der damals **neue Vorstandsvorsitzende** der Deutschen Bahn AG, Dr. Richard Lutz, dem Ausschuss vorgestellt.

Im Dezember 2016 hat sich der Ausschuss in einem (nichtöffentlichen) Expertengespräch ausführlich mit der **Zukunft des Schienenverkehrs** beschäftigt. An dem Gespräch nahmen Prof. Thorsten Beckers von der TU Berlin, Dr. Andreas Geißler von der Allianz pro Schiene, Dr. Martin Henke vom VDV, Dr. Johann Niggl von der Bayerischen Eisenbahngesellschaft, Prof. Dr. Thomas Siefer von der TU Braunschweig, Peter Westenberger vom Netzwerk Europäischer Eisenbahnen und Dr. Winfried Wolf von „Bürgerbahn statt Börsenbahn“ teil.

Um Grundsatzfragen der Bahnpolitik ging es auch in dem „Sondergutachten der **Monopolkommission** gemäß § 36 des Allgemeinen Eisenbahngesetzes Bahn 2013 – Reform zügig umsetzen!“[145], mit dem sich der Ausschuss bereits Anfang 2014 befasst hat[146].

Speziell zum **Fernverkehr** hat der Ausschuss im Januar 2015 in einem Gespräch mit Ulrich Homburg und Dr. Richard Lutz die Entwicklung des Schienenfernverkehrs und die Auswirkungen auf die Bilanz der DB thematisiert, im Dezember 2015 hat er ein Gespräch mit Berthold Huber zum Fernverkehrskonzept der DB geführt. Im Juni 2015 hatte er bereits einen Antrag der Fraktion DIE LINKE. „Gewährleistung des Schienenpersonenfernverkehrs“ beraten[147] [148].

Antrag DIE LINKE. „Aufsichtsrat DB neu und verantwortungsvoll besetzen“, Drucksache 18/592 (hib 96/2014, hib 265/2014)
Antrag DIE LINKE. „Offenlegung von Gutachten zur Deutschen Bahn AG“, Drucksache 18/11011

[145] Drucksache 17/14076
[146] hib 142/2014
[147] Drucksache 18/4186
[148] hib 124/2015

Zwei Themen im Bereich des Eisenbahnwesens, mit denen sich der Ausschuss in der 18. Wahlperiode befasste, hatten besonders große finanzielle Bedeutung.
Zum einen ging es um eine Fortschreibung der bisherigen Regelung der **Regionalisierungsmittel**, welche der Bund den Ländern zur Unterstützung für den Bereich des Öffentlichen Personennahverkehrs (insbesondere zur Finanzierung des Schienenpersonennahverkehrs) zur Verfügung stellt.
Zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung „Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes“[149] [150] sowie zu dem Gesetzentwurf des Bundesrates „Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes“[151] [152] fand im Februar 2015 eine öffentliche Anhörung statt[153] [154] . Der Gesetzentwurf der Bundesregierung sah eine Dynamisierung der Regionalisierungsmittel nur für 2015 vor, eine längerfristige Regelung sollte später folgen. Nach einem Vermittlungsverfahren und einer politischen Einigung zwischen Bund und Ländern trat das Dritte Gesetz zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes am 1. Januar 2016 in Kraft.
Es folgte eine Diskussion über die Verteilung der Mittel auf die einzelnen Länder. Die Fraktion DIE LINKE. forderte daraufhin in einem Antrag „Drohende Streckenstilllegungen verhindern - Regionalisierungsmittel erhöhen“[155] [156] [157]. Diesen lehnte der Ausschuss im April 2016 ab.
Im September 2016 legte die Bundesregierung den „Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes vor“[158], welcher eine weitere Erhöhung der Regionalisierungsmittel sowie eine Regelung zur Verteilung der Mittel auf die Länder vorsah[159]. Diesen beriet der Ausschuss am 9. November 2016 abschließend[160]. Hier ging es um ein Finanzvolumen von ca. 150 Milliarden Euro bis zum Jahr 2031.

Zudem hat sich der Ausschuss intensiv mit der **Fortschreibung der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung** zwischen dem Bund und der DB beschäftigt. Bereits im Februar 2014 hat er

[149] Drucksache 18/3785
[150] hib 37/2015
[151] Drucksache 18/3563
[152] hib 6/2015
[153] Wortprotokoll der 31. Sitzung
[154] hib 90/2015
[155] Drucksache 18/8074
[156] hib 213/2016
[157] hib 278/2016
[158] Drucksache 18/9981
[159] hib 598/2016
[160] Beschlussempfehlung und Bericht Drucksache 18/10284

sich durch das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur über den Sachstand zur Weiterführung der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung (LuFV) berichten lassen. Am 5. November 2014 veranstaltete er im Rahmen einer Selbstbefassung eine **öffentliche Anhörung** zu der Fortschreibung der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung (LuFV) zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DB[161] [162].

3. Öffentliche Anhörung zur Fortschreibung der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung

November 2014

Im Dezember 2014 hat er einen am 12. November 2014 eingebrachten Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung zur Erhaltung der Schienenwege jetzt neu verhandeln“ [163] [164] beraten.
Mehrheitlich hat der Ausschuss dem Text des Vertragsentwurfs des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur zum Abschluss einer **Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung II (LuFV II)** zugestimmt[165].

Im Bereich des Eisenbahnwesens hat sich der Ausschuss auch mit dem **Deutschlandtakt** beschäftigt. Dazu hat er sich im September 2015 durch das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur berichten lassen. Im Oktober 2016 hat er den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Deutschland-Takt jetzt umsetzen - Weichen in der Bundesverkehrswegeplanung richtig stellen“[166] [167] behandelt. Eine wichtige

[161] Wortprotokoll der 20. Sitzung
[162] hib 557/2014
[163] Drucksache 18/3153
[164] hib 581/2014
[165] s. Beschlussempfehlung und Bericht Drucksache 18/3938
[166] Drucksache 18/7554
[167] hib 103/2016

Rolle spielte das Thema auch bei den Beratungen zur Bundesverkehrswegeplanung.
Zur **Eisenbahnbau- und Betriebsordnung** wurde ein Antrag der Fraktion DIE LINKE. „Änderung der Eisenbahnbau- und Betriebsordnung zur Erhöhung der Sicherheit im Eisenbahnverkehr“[168] [169] behandelt, bei dem es auch um das Thema „Stuttgart 21“ ging. Zu dem Antrag hat der Ausschuss im März 2016 eine öffentliche Anhörung durchgeführt[170] [171].

Mit „**Stuttgart 21**“ hat sich der Ausschuss in verschiedenen Zusammenhängen über die gesamte 18. Wahlperiode befasst. Zu dem Antrag der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Offene Fragen zum Bahnhofsprojekt Stuttgart 21 aufklären“[172] [173] fand am 6. Mai 2015 eine öffentliche Anhörung statt[174] [175]. 2016 wurden zudem die Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Kostenentwicklungen beim Bahnhofsprojekt Stuttgart 21 kritisch prüfen“[176] [177]sowie der Fraktion DIE LINKE. „Ausstieg aus Stuttgart 21 – Die Deutsche Bahn AG vor einem finanziellen Desaster bewahren“[178] [179] beraten.

Ein wichtiges Thema im Bereich des Eisenbahnwesens war in der 18. Wahlperiode die **Eisenbahnregulierung**. Zu dem „Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung des Wettbewerbs im Eisenbahnbereich“[180] [181] [182]fand im Juni 2016 auch eine öffentliche Anhörung statt[183] [184].
Befasst hat sich der Ausschuss auch mit den Tätigkeitsberichten der **Bundesnetzagentur** für den Bereich Eisenbahnen [185] [186] [187] [188] [189].

[168] Drucksache 18/5406
[169] hib 353/2015
[170] Wortprotokoll der 61. Sitzung
[171] hib 162/22016
[172] Drucksache 18/3647
[173] hib 7/2015
[174] Wortprotokoll der 41. Sitzung
[175] hib 237/2015
[176] Drucksache 18/9039
[177] hib 419/2016
[178] Drucksache 18/7566
[179] hib 103/2016
[180] Drucksache 18/8334
[181] hib 417/2016
[182] hib 268/2016
[183] Wortprotokoll der 68. Sitzung
[184] hib 319/2016
[185] Drucksache 18/356
[186] hib 41/2014
[187] Drucksachen 18/7300, 18/4294 und 18/356
[188] hib 156/2015
[189] hib 51/2016

Auch während des Verlaufs der 18. Wahlperiode waren **Eisenbahnunglücke** zu beklagen. Sehr intensiv hat sich der Ausschuss mit den Ursachen des schweren Eisenbahnunfalls auf der Mangfalltalbahn bei **Bad Aibling** befasst, wo bei dem Zusammenstoß von zwei Personenzügen zwölf Menschen starben. Unter anderem ließ er sich am 17. Februar 2017 durch Bundesminister Alexander Dobrindt zu dem Unglück berichten[190].

Auch weitere Eisenbahnunglücke, wie der Eisenbahnunfall in Mannheim im Jahr 2014 und der Eisenbahnunfall in Freihung (Oberpfalz) im Jahr 2015, waren Thema der Ausschussberatungen. Mit dem generellen Unfallmanagement und der Unfallprävention der Deutschen Bahn AG hat sich der Ausschuss im Jahr 2017 anlässlich des Untersuchungsberichts des EBA zur Zugentgleisung in Kaub-Lorch (Rhein) im Juni 2013 befasst.

Im März 2017 hat der Ausschuss den „Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung der Eisenbahnunfalluntersuchung“ beraten[191], bei dem es unter anderem um die Ablösung der bisherigen Eisenbahn-Untersuchungsstelle des Bundes durch die Einrichtung einer Bundesstelle für Eisenbahnunfalluntersuchung als Bundesoberbehörde ging.

Auch mit **Brandanschlägen** auf Anlagen der Deutschen Bahn musste sich der Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur auseinandersetzen. Am 19. Juni 2017 wurden 14 Brandanschläge auf Kabelschachtanlagen der Deutschen Bahn verübt, was zu erheblichen Beeinträchtigungen des Zugverkehrs geführt hatte. Der Ausschuss ließ sich dazu in seiner Sitzung am 28. Juni 2017 vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur berichten[192].

Besonders wichtig war dem Ausschuss, **Schienenlärm** durch Einführung leiser Güterwagen zu reduzieren. Unter anderem wurde dazu ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Fahrverbot für laute Güterwagen“ behandelt[193]. Zu dem von der Bundesregierung eingebrachten „Entwurf eines Gesetzes zum Verbot des Betriebs lauter Güterwagen (Schienenlärmschutzgesetz – SchlärmschG)[194], bei dem es vor allem um Re-

[190] hib 90/2016
[191] Drucksache 18/11288
[192] hib 405/2017
[193] Drucksache 18/10033
[194] Drucksache 18/11287, hib 130/2017

geln für ein Verbot lauter Güterwagen mit Grauguss-Bremssohlen ab Ende 2020 geht, hat der Ausschuss am 22. März 2017 eine öffentliche Anhörung durchgeführt[195]. Den Gesetzentwurf hat er dann Ende März 2017 abschließend beraten[196] [197].

Mit Bezug zum Eisenbahnwesen wurden zudem der „Entwurf eines Neunten Gesetzes zur Änderung eisenbahnrechtlicher Vorschriften“[198] [199], das COTIF-Gesetz, bei dem es um die Verbindlicherklärung technischer Normen und die Annahme einheitlicher technischer Vorschriften für Eisenbahnmaterial ging[200] [201] , beraten[202].

Zu den Kosten für **Schienenwegekreuzungen** der Kommunen hat die Fraktion DIE LINKE. den Antrag „Kommunen von den Kosten für bauliche Maßnahmen an Kreuzungen von Eisenbahnen und Straßen befreien“[203] [204] vorgelegt.

Mit dem Ausbau der **Rheintalbahn** hat sich der Ausschuss mehrfach befasst. Im Jahr 2016 hat er dazu einen Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD „Menschen- und umweltgerechten Ausbau der Rheintalbahn realisieren“[205] [206] sowie einen Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Finanzierung eines bürgerfreundlichen und umweltgerechten Ausbaus der Rheintalbahn jetzt sicherstellen“ [207] [208] [209] behandelt.
Zum Abschluss der Wahlperiode musste sich der Ausschuss dann im September 2017 in einer Sondersitzung erneut mit dem Ausbau der Rheintalbahn befassen. Bei einem Tunnelbau für die Rheintalbahn war es zu einer **Gleisabsenkung südlich von Rastatt** gekommen, durch die eine der wichtigsten Achsen des europäischen Schienenverkehrs mehr als sieben Wochen unterbrochen war. Prof. Dirk Rompf und Dr. Thomas Schaffer

[195] Wortprotokoll der 103. Sitzung, hib 185/117
[196] hib 209/2017
[197] Beschlussempfehlung und Bericht Drucksache 18/11769
[198] Drucksache 18/4202
[199] hib 125/2015
[200] Drucksache 18/4049
[201] hib 96/2015
[202] hib 341/2017
[203] Drucksache 18/3051
[204] hib 569/2015
[205] Drucksache 18/7364
[206] hib 54/2016
[207] Drucksache 18/6884
[208] hib 647/2015
[209] hib 51/2016

aus dem Vorstand der DB Netz AG haben den Ausschuss in der Sondersitzung über den Sachstand informiert[210].
Auch bei dem Besuch einer Delegation des Ausschusses in der Schweiz im Frühjahr 2015 war der Ausbau der Rheintalbahn ein wichtiges Gesprächsthema.

In Bezug auf den Schienengüterverkehr ging es in Selbstbefassungen unter anderem um die Studie des Umweltbundesamtes "Finanzierung einer nachhaltigen Güterverkehrsinfrastruktur" und um die Frage einer Reduzierung von Güterbahnhöfen und Güterverkehrsstellen.

[210] s. hib 501/2017

6. Schifffahrt

Im Bereich der Seeschifffahrt spielte in den Ausschussberatungen die **Krise in der Seeschifffahrt** eine wichtige Rolle. So ließ sich der Ausschuss im März 2014 vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur über die Krise in der Seeschifffahrt und in der Containerschifffahrt berichten.

Auch **Flaggenpolitik** und **Maritimes Bündnis** waren immer wieder Gegenstand der Ausschussberatungen. Diskutiert wurde dazu unter anderem ein Bericht des BMVI[211] zu der Unterrichtung der Bundesregierung über die Erfahrungen mit § 7 des Flaggenrechtsgesetzes[212]. Auch die **Ausbildung in der Seeschifffahrt** wurde in diesem Zusammenhang immer wieder thematisiert. Ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN forderte „Maritime Ausbildung in Kooperation mit den Küstenländern neu ausrichten“[213]. Ein erweitertes Berichterstattergespräch zum Thema **Schiffsbesetzungsverordnung** führten Mitglieder des Ausschusses am 9. Juni 2016 mit dem Parlamentarischen Staatssekretär Enak Ferlemann.

Im Mai 2015 hat der Ausschuss das **Flüchtlingsdrama** im Mittelmeer und dessen Auswirkungen auf die Handelsschifffahrt erörtert. Er hat dazu ein Gespräch mit Ralf Nagel vom Verband Deutscher Reeder (VDR) und Peter Geitmann für die Internationale Transportarbeiterföderation (ITF) sowie Vertretern verschiedener Bundesministerien geführt.

Schiffsunglücke haben den Ausschuss ebenfalls beschäftigt. 2014 hat er sich beispielsweise mit den Konsequenzen aus der Havarie der „MSC Flaminia“ für das europäische Notfallkonzept befasst und dazu ein Gespräch mit dem Verband Deutscher Reeder (VDR) geführt. Im Februar 2016 hat er den Vorschlag für eine Verordnung zur Errichtung einer Europäischen Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs erörtert.

Auch **internationale Abkommen** bzw. Themen im Bereich des Seeverkehrs waren Gegenstand der Ausschussberatungen. Im Jahr 2014 hat sich der Ausschuss über das Thema Schiffsabwrackungen sowie den Stand der Ratifikation des entsprechenden Abkommens („Hong Kong International Convention for the Safe and Environmentally Sound Recycling of Ships, 2009“) informiert. 2015 standen das Protokoll zu dem Übereinkommen zur

[211] hib 752/2016
[212] Drucksache 18/10679
[213] Drucksache 18/2748

Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Seeschifffahrt und das Protokoll zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit fester Plattformen, die sich auf dem Festlandsockel befinden[214] [215] auf der Tagesordnung. Im September 2015 beriet der Ausschuss das „Gesetz über die internationale Zusammenarbeit zur Durchführung von Sanktionsrecht der Vereinten Nationen und über die internationale Rechtshilfe auf Hoher See sowie zur Änderung seerechtlicher Vorschriften“[216] [217] [218]. 2016 wurde ein Vertrag zwischen Deutschland und den Niederlanden über die Nutzung und Verwaltung des Küstenmeers zwischen 3 und 12 Seemeilen erörtert[219] [220].

Breiten Raum nahm das Thema **Traditionsschifffahrt** ein. Dabei ging es um das Spannungsfeld zwischen der Sicherheit von Besatzung und Passagieren und der Authentizität der historischen Schiffe bzw. Schiffsnachbauten im Hinblick auf eine neue Sicherheitsverordnung des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur. In erweiterten Berichterstattergesprächen befassten sich Ausschussmitglieder unter Beteiligung des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur im Januar und im Oktober 2016 intensiv mit dem Thema. Im März 2017 ließ sich der Ausschuss dazu vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur in einer Ausschusssitzung berichten. Themen waren dabei unter anderem die Frage der Schaffung einer unabhängigen Schlichtungsstelle sowie die Zeitplanung und die konkrete Umsetzung der geplanten Verordnung.

Weitere Beratungsthemen im Bereich des Seeverkehrs waren das „Gesetz über das Verfahren für die elektronische Abgabe von Meldungen für Schiffe im Seeverkehr über das Zentrale Meldeportal des Bundes und zur Änderung des IGV-Durchführungsgesetzes“[221] sowie das Lotswesen an der deutschen Küste und die Reviersprache Englisch.

Im Bereich der Binnenschifffahrt war auch in der 18. Wahlperiode die **Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung** über die gesamte Wahlperiode hinweg ein Thema. Unter anderem

[214] Drucksache 18/5268
[215] hib 326/2015
[216] Drucksache 18/5269
[217] hib 326/2015
[218] hib 467/2015
[219] Drucksache 18/7450
[220] hib 68/2016
[221] Drucksache 18/11292, hib 129/2017

wurden dazu im Jahr 2014 der Antrag der Fraktionen CDU/CSU und SPD „Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung zukunftsfest gestalten“[222] [223] sowie der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Reform Wasser- und Schifffahrtsverwaltung konsequent fortsetzen“ [224] [225] beraten. 2016 stand das WSV-Zuständigkeitsanpassungsgesetz[226] auf der Tagesordnung[227].
Vor allem um Befugnisse der **Wasser- und Schifffahrtsverwaltung** ging es 2015 bei dem Zweiten Gesetz zur Änderung des Binnenschifffahrtsaufgabengesetzes[228] [229] sowie 2017 bei dem Dritten Gesetz zur Änderung des Binnenschifffahrtsaufgabengesetzes[230].

Im November 2015 hat sich der Ausschuss mit dem Sonderbericht des Europäischen Rechnungshofs "Die Binnenschifffahrt in Europa: keine signifikanten Verbesserungen in Bezug auf Verkehrsträgeranteil und Schiffbarkeitsbedingungen seit 2001" [231] befasst.

Besonders engagiert hat sich der Ausschuss mit dem **Gesamtkonzept Elbe**, dem Strategischen Konzept für die Entwicklung der deutschen Binnenelbe und ihrer Auen, befasst. Zu der entsprechenden Unterrichtung[232] hat er dem Plenum eine Beschlussempfehlung gegeben, in der er sich vor allem dafür ausgesprochen hat, das Gesamtkonzept Elbe zeitnah mit entsprechenden Maßnahmen zu unterlegen und diese umzusetzen[233].

Übergreifend für See- und Binnenschifffahrt stand das „**Nationale Hafenkonzept** für die See- und Binnenhäfen 2015“[234] auf der Tagesordnung[235].

[222] Drucksache 18/3041
[223] hib 576/2014
[224] Drucksache 18/1341
[225] hib 242/2014
[226] hib 43/2016
[227] Drucksache 18/7316
[228] Drucksache 18/5273
[229] hib 327/2015
[230] Drucksache 18/10818
[231] Ratsdok. 6915/15
[232] Drucksache 18/12844
[233] hib 240/2017
[234] Drucksache 18/7340
[235] hib 66/2016

7. Luftverkehr

Im Bereich Luftverkehr hat sich der Ausschuss während der gesamten Wahlperiode mit den Problemen bei der Fertigstellung des **Flughafens Berlin Brandenburg (BER)** auseinandergesetzt.

Im Januar 2014 hat er dazu in einer Ausschusssitzung ein Gespräch mit dem seinerzeitigen Vorsitzenden der Geschäftsführung der Flughafengesellschaft (FBB) Hartmut Mehdorn geführt[236]. Mit dessen Nachfolger Karsten Mühlenfeld sowie mit dem Leiter Technik & Bau der FBB Jörg Marks hat er den Sachstand im Dezember 2015 erörtert. Um die Situation am Flughafen Berlin Brandenburg (BER) ging es auch in einem Gespräch im Juni 2016, an dem außer dem Aufsichtsratsmitglied der FBB Staatssekretär Rainer Bomba für den Landkreis Dahme-Spreewald der stellvertretende Landrat und Dezernent für Planung, Bauwesen und Umwelt Chris Halecker, sowie vom Bauordnungsamt des Landkreises dessen Leiterin Kirsten Globig und der Prüfbereichsleiter Flughafen BER Burkhardt Meißner teilnahmen.

Darüber hinaus fanden zu dem Thema mehrere erweiterte Berichterstattergespräche des Ausschusses statt (im November 2014 mit Rainer Bomba, Hartmut Mehdorn und Jörg Marks, im Juni 2015 mit Karsten Mühlenfeld und Elmar Kleinert, dem Geschäftsleiter Operations der FBB, im Februar 2017 mit Karsten Mühlenfeld und Rainer Bomba und im Juni 2017 mit dem neuen Vorsitzenden der Geschäftsführung des Flughafens der FBB Prof. Engelbert Lütke Daldrup). Zudem haben der Ausschussvorsitzende sowie weitere Mitglieder des Ausschusses die Baustelle des BER am 25. Juni 2014 und am 19. Oktober 2016 besucht.

[236] hib 42/2014

3. Besuch der Baustelle des Flughafens BER

Oktober 2016

Der Flughafen BER spielte auch bei den Beratungen des Ausschusses zur Frage der Festlegung von **Flugrouten** eine wichtige Rolle. In seiner Sitzung am 2. Juli 2014 hat der Ausschuss zu diesem Thema ein Expertengespräch mit Regine Barth vom Öko-Institut Darmstadt, Michael Bayr vom Beratenden Ausschuss nach § 32a LuftVG, Prof. Christian Calliess vom Sachverständigenrat für Umweltfragen, Prof. Nikolaus Herrmann vom Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung sowie Gerritt Niemann und Fabio Ramos von der Deutschen Flugsicherung (DFS) geführt.

Fluglärm war ebenfalls ein Thema der Ausschussberatungen. Unter anderem beriet der Ausschuss dazu im Juni 2015 einen Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Fluglärm wirksam reduzieren“[237] [238]. Zu den **Emissionen** des Luftverkehrs befasste sich der Ausschuss unter anderem mit dem „Vorschlag für einen Beschluss des Rates über den Standpunkt, der in Bezug auf ein von den ICAO-Gremien zu erarbeitendes internationales Instrument einzunehmen ist, das zur Anwendung - ab dem Jahr 2020 - eines einheitlichen globalen marktbasierten Mechanismus zur Bewältigung der Emissionen aus dem internationalen Luftverkehr führt“[239].

Auch das Thema „**kontaminierte Kabinenluft**“ war in der 18. Wahlperiode Gegenstand der Ausschussberatungen. So befasste

[237] Drucksache 18/4331
[238] hib 156/2015
[239] KOM(2016)183 endg.; Ratsdok.-Nr. 7747/16

sich der Ausschuss im Mai 2014 mit einer „Studie über gemeldete Ereignisse in Verbindung mit der Qualität der Kabinenluft in Verkehrsflugzeugen“ der Bundesstelle für Flugunfalluntersuchung.

Intensiv hat sich der Ausschuss mit dem **Absturz des Airbus A 320** der Fluggesellschaft Germanwings am 24. März 2015 auseinandergesetzt. Bereits am 25. März 2015 hat er sich über erste Erkenntnisse zu dem Absturz des Flugzeugs informieren lassen. Im April 2015 hat er sich mit dem Stand der Ermittlungen zu dem Absturz befasst. An dieser Sitzung nahmen Bundesminister Alexander Dobrindt sowie der Vorstandsvorsitzende der Lufthansa Carsten Spohr teil. Zudem hat der Ausschuss in dieser Sitzung die Grundlagen der Flugunfalluntersuchung und des Krisenmanagements bei Luftverkehrsunfällen in Deutschland erörtert. Im Juli 2015 hat er den Zwischenbericht der Task Force Airline Safety mit Bundesminister Alexander Dobrindt sowie dem Vorsitzenden der Task Force Matthias von Randow erörtert. Den Abschlussbericht der Taskforce Airline Safety zu Schlussfolgerungen aus dem Absturz des Airbus A 320 hat er im Januar 2016 beraten.

Die Erkenntnisse aus dem Flugzeugabsturz spielten auch bei der Beratung des Fünfzehnten Gesetzes zur Änderung des **Luftverkehrsgesetzes**[240] [241] eine wichtige Rolle. Zu diesem Gesetzentwurf fand am 24. Februar 2016 eine öffentliche Anhörung des Ausschusses statt[242] [243]. Am 13. April 2016 beriet der Ausschuss den Gesetzentwurf abschließend. Die Beschlussempfehlung des Ausschusses an das Plenum sah – über den ursprünglichen Gesetzentwurf hinaus – unter anderem das Verbot der Führung von Luftfahrzeugen unter Einfluss von Alkohol, Drogen, psychoaktiven Stoffen sowie bestimmten Medikamenten sowie neue bzw. geänderte Regelungen zur Tauglichkeitskontrolle von Luftfahrzeugführern und zu flugmedizinischen Untersuchungen vor[244].

Um Fragen der **Sicherheit im Luftverkehr** ging es auch bei der Änderung des Abkommens USA / EU zur Zusammenarbeit bei der Regelung der Sicherheit in der Zivilluftfahrt. Im Dezember 2015 beriet der Ausschuss die Sicherheitslage an Flughäfen im arabischen Raum.

[240] Drucksache 18/6988
[241] hib 656/2015
[242] Wortprotokoll der 59. Sitzung
[243] hib 113/2016
[244] hib 206/2016

Zu dem „Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung gemeinsamer Vorschriften für die Zivilluftfahrt und zur Errichtung einer Agentur der Europäischen Union für Flugsicherheit sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 216/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates“[245] empfahl der Ausschuss dem Plenum 2016 die Annahme einer Entschließung. Mit dieser sollten unter anderem der Vorschlag der EU-KOM zur Revision der EASA-Grundverordnung und die damit verbundene Übertragung delegierter Rechtsetzungsbefugnisse auf die EU-KOM abgelehnt werden, ebenso wie der Vorschlag, die betriebssichere Erbringung von Bodenabfertigungsdiensten europäisch zu regeln. Zudem wurde mit dieser Entschließung die Auffassung vertreten, dass die Mitgliedstaaten und die national zuständigen Luftfahrtbehörden gemeinsam mit den nationalen Flugsicherungsbehörden im Hinblick auf den Lärmschutz an Flughäfen auch künftig standortnah Handlungs- und Entscheidungsmöglichkeiten behalten müssten[246].

Den „Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 8. Dezember 2016 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Agentur für Flugsicherheit über den Sitz der Europäischen Agentur für Flugsicherheit“[247] beriet der Ausschuss dann im März 2017[248]. Mit EU-Regelungen zu den **Luftverkehrsdiensten** befasste er sich mehrfach, unter anderem im Zusammenhang mit dem Verordnungsvorschlag zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1008/2008 über gemeinsame Vorschriften für die Durchführung von Luftverkehrsdiensten in der Gemeinschaft[249].
Single European Sky – SES war auch in der 18. Wahlperiode wieder ein Thema der Ausschussberatungen. 2016 erörterte der Ausschuss in diesem Zusammenhang den Bericht der Kommission zu Fortschritten bei der Verwirklichung des einheitlichen europäischen Luftraums im Zeitraum 2012-2014[250].

Das Verhältnis zwischen **Flugsicherung und Windenergieausbau** war im Jahr 2016 Gegenstand eines Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Keine Behinderung des Windenergieausbaus durch Radaranlagen“. [251] [252]

[245] KOM(2015) 613 endg.; Ratsdok. 14991/15
[246] Drucksache 18/8103
[247] Drucksache 18/11558
[248] Drucksache 18/11768
[249] Ratsdok.-Nr. 15777/16
[250] Ratsdok.-Nr. 15408/15
[251] Drucksache 18/7050
[252] hib 672/2015

Auch zu dem **Codesharing** zwischen den Fluggesellschaften **Air Berlin und Etihad** fanden im Ausschuss Beratungen statt. Im Dezember 2014 erörterte der Ausschuss die Genehmigungspraxis zu den Gemeinschaftsflügen von Air Berlin und Etihad Airways sowie die Auslegung des Luftverkehrsabkommens Deutschland – Vereinigte Arabische Emirate. Im Dezember 2015 ließ er sich zu dem Codesharing zwischen Air Berlin und Etihad erneut berichten.
Für die Sondersitzung des Ausschusses am 5. September 2017 stand das Thema „Auswirkungen der Insolvenz von Air Berlin auf den Flughafen BER und den Flughafenbetrieb in Berlin, Stand der Gespräche der Gesellschafter der FBB über eine dauerhafte Offenhaltung des Flughafens Tegel“ auf der Tagesordnung. Der Ausschuss entschied aber mehrheitlich, das Thema nicht zu beraten, da die am gleichen Tag vorgesehene Erörterung im Ausschuss für Wirtschaft und Energie den Schwerpunkt des Themas abdecke.

Auch in der 18. Wahlperiode hat der Ausschuss wieder eine Vielzahl von Gesetzen zu **Luftverkehrsabkommen** beraten:

- zu dem Abkommen Deutschland - Ruanda über den Luftverkehr[253] [254],
- zu dem Luftverkehrsabkommen USA-EU-Island-Norwegen und dem Zusatzabkommen EU-Island-Norwegen[255] [256],
- zu dem Protokoll zur Änderung des Luftverkehrsabkommens USA - EU[257] [258],
- zu dem Abkommen Deutschland - Tansania über den Fluglinienverkehr[259] [260],
- zu dem Europa-Mittelmeer-Israel-Luftverkehrsabkommen[261] [262],
- zu dem EU-USA-Luftverkehrsabkommen[263] [264] [265],

[253] Drucksache 18/8296
[254] hib 266/2016
[255] Drucksache 18/5580
[256] hib 390/2015
[257] Drucksache 18/5271
[258] hib 327/2015
[259] Drucksache 18/4896
[260] hib 293/2015
[261] Drucksache 18/3255
[262] hib 601/2014
[263] Drucksache 18/1569
[264] hib 285/2014
[265] hib 353/2014

- zu dem Europa–Mittelmeer-Jordanien-Luftverkehrsabkommen[266], [267]
- zu dem EU-Moldau-Luftverkehrsabkommen[268], [269]
- zu dem EU-Georgien-Luftverkehrsabkommen[270],
- zu dem Protokoll vom 27. Juni 1997 zur Neufassung des Internationalen Übereinkommens vom 13. Dezember 1960 über Zusammenarbeit zur Sicherung der Luftfahrt „EUROCONTROL“[271] [272] und
- zu dem Protokoll vom 8. Oktober 2002 über den Beitritt der Europäischen Gemeinschaft zum Internationalen Übereinkommen vom 13. Dezember 1960 über Zusammenarbeit zur Sicherung der Luftfahrt „EUROCONTROL“ entsprechend den verschiedenen vorgenommenen Änderungen in der Neufassung des Protokolls vom 27. Juni 1997[273] [274].

Ein Beratungsthema, welches auch in der öffentlichen Diskussion eine große Rolle spielte, war der Umgang mit unbemannten Fluggeräten („**Drohnen**“). Im Januar 2017 berichtete das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur dem Ausschuss zum Sachstand bei der "Verordnung zur Regelung des Betriebs von unbemannten Fluggeräten" (Drohnenverordnung).

Zum Ende der Wahlperiode beriet der Ausschuss im Mai 2017 das **Luftverkehrskonzept** des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur und die Ergebnisse der sog. Posch-Kommission[275].

Weitere Themen der Ausschussberatung waren im Bereich Luftverkehr der Sonderbericht des Europäischen Rechnungshofs "EU-finanzierte **Flughafeninfrastrukturen**: ein unzureichendes Kosten-Nutzen-Verhältnis"[276] und der Bericht der

[266] Drucksache 18/1570
[267] hib 353/2014
[268] Drucksache 18/1571
[269] hib 353/2014
[270] Drucksache 18/1224
[271] Drucksache 18/9877
[272] hib 598/2016
[273] Drucksache 18/9878
[274] hib 586/2016
[275] Eine aus Vertreterinnen und Vertretern von Bund, Ländern, Wirtschaft und Umweltpolitik gebildete Kommission unter Leitung des ehemaligen hessischen Wirtschaftsministers Dieter Posch, die Anforderungen an ein Luftverkehrskonzept formuliert hat.
[276] Sonderbericht 2017/18

EU-Kommission zur Anwendung der Richtlinie über **Flughafenentgelte**[277].

8. Öffentlicher Personennahverkehr

Zum Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) beriet der Ausschuss 2016 den Bericht der Bundesregierung über die Entwicklung der Kostendeckung im öffentlichen Personennahverkehr[278] [279]. Im März 2017 befasste er sich mit einem Antrag der Fraktion DIE LINKE. „Entkriminalisierung des Fahrens ohne Fahrschein - Polizei und Justiz entlasten“[280] [281]. Im Mai 2017 stand ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Investitionsstau auflösen - Zukunft des ÖPNV sichern - Jetzt die Weichen für den öffentlichen Verkehr von morgen stellen“ [282] auf der Tagesordnung des Ausschusses[283]. Zudem wurde ein von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebrachter Antrag „Fairen Wettbewerb und kommunale Gestaltungsmöglichkeiten im Nahverkehr sicherstellen“[284] beraten.

Auch ein Bericht des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur zum Thema "**Eigenwirtschaftliche Busverkehre**" war Gegenstand der Ausschussberatungen. Zu diesem Bericht fand im Ausschuss am 17. Mai 2017 ein Expertengespräch mit Mira Ball von ver.di, Christiane Leonhardt-Tiemann vom Bundesverband Deutscher Omnibusunternehmen, Thomas Kiel vom Deutschen Städtetag sowie Martin Schäfer vom Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) statt[285].

9. Verkehrslärm

Mit Verkehrslärm hat sich der Ausschuss auch verkehrsträgerüberreifend befasst. So hat er 2014 eine Änderung der Verkehrslärmschutzverordnung (16. BImSchV)[286] [287] beraten. Dazu hat er am 4. Juni 2014 eine öffentliche Anhörung durchgeführt[288] [289]. In der Folge hat er ebenfalls die auf Initiative des

[277] Ratsdok. 10070/14
[278] Drucksache 18/8180
[279] hib 253/2016
[280] Drucksache 18/7374
[281] hib 60/2016
[282] Drucksache 18/10747, hib 313/217
[283] hib 313/2017
[284] Drucksache 18/10978
[285] hib 318/2017
[286] Drucksache 18/2849
[287] hib 232/2014
[288] Wortprotokoll der 12. Sitzung
[289] hib 298/2014

Bundesrates geänderte Fassung der Änderungsverordnung[290] [291] beraten.

3. Anhörung zur Verkehrslärmschutzverordnung

Juni 2014

10. Abgasemissionen und Kraftstoffverbrauch

Im Oktober 2014 beriet der Ausschuss eine Mitteilung der EU-Kommission zur Strategie zur **Minderung des Kraftstoffverbrauchs und der CO_2-Emissionen** schwerer Nutzfahrzeuge[292].

Das Thema **„Dieselabgase“** hat den Ausschuss über die gesamte Wahlperiode begleitet. Die Arbeit des 5. Untersuchungsausschusses, dem auch Mitglieder des Verkehrsausschusses angehörten, und des entsprechenden Ausschusses des Europäischen Parlamentes war wiederholt Gegenstand der Debatte. Die Problematik wurde zuletzt umfangreich in der letzten regulären Ausschusssitzung am 28. Juni 2017 erörtert. Im September 2017 unterrichtete Bundesminister Alexander Dobrindt sodann auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Mitglieder der zuständigen Ausschüsse über die Resultate des „Nationalen Forums Diesel“.

Ein zentrales Thema der 18. Wahlperiode betraf **Manipulationen bei der Messung von Abgaswerten von PKW**. Vor allem vor

[290] Drucksache 18/2849
[291] hib 520/2014
[292] Ratsdok. 10201/14

der Einsetzung des 5. Untersuchungsausschusses („Abgas-Ausschuss“)[293] im Juli 2016 hat sich der Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur mit diesem Thema sehr intensiv befasst.
Im September 2015 ließ sich der Ausschuss durch das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur zu Erkenntnissen in Bezug auf Ermittlungen gegen den Volkswagenkonzern in den Vereinigten Staaten von Amerika sowie zu dem geplanten Vorgehen der Bundesregierung im Hinblick auf Nachprüfungen bei VW-Dieselmodellen für den europäischen Automarkt berichten.
Am 2. November 2015 führte der Ausschuss eine öffentliche Anhörung[294] zu dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. „Die notwendigen Konsequenzen aus dem Betrugsskandal um Kfz-Abgase ziehen“ [295] [296] [297] sowie zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Aus dem Pkw-Abgasskandal Konsequenzen ziehen - Wettbewerbsfähigkeit der Automobilindustrie sichern“ [298] [299] und zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Zum Schutz der Verbraucher - Unzutreffende Angaben beim Spritverbrauch und Schadstoffausstoß von PKW beenden“[300] [301] durch[302].
Im Januar 2016 beriet er eine Entschließung des EP zu Emissionsmessungen in der Automobilindustrie[303]. Im Februar 2016 ging es um den „Sachstand zur Akkreditierung von Überwachungsorganisationen durch die Deutsche Akkreditierungsstelle“. Im April 2016 ließ sich der Ausschuss über „Konsequenzen der Bundesregierung aus dem Rechtsgutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages 'Abschalteinrichtungen in Personenkraftwagen' zur Unzulässigkeit von Abschalteinrichtungen bei Fahrzeugen“ informieren[304] und er beriet den Antrag der Antrag Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Bericht zu den angeordneten Nachprüfungen von Diesel-Pkw vorlegen“[305] [306].

[293] Wegen Einzelheiten s. Bericht des Untersuchungsausschusses auf Drucksache 18/12900
[294] hib 565/2015
[295] Wortprotokoll der 50. Sitzung
[296] hib 534/2015
[297] Drucksache 18/6325
[298] Drucksache 18/6334
[299] hib 534/2015
[300] Drucksache 18/6070
[301] hib 473/2015
[302] Wortprotokoll der 50. Sitzung
[303] 2015/2865(RSP)
[304] hib 243/2016
[305] Drucksache 18/7882
[306] hib 171/2016

Weiterhin stellte Bundesminister Alexander Dobrindt dem Ausschuss am 27. April 2016 den Bericht der Untersuchungskommission Volkswagen vor.
Im April 2016 stand ein Vorschlag der EU-Kommission betreffend die Genehmigung und die Marktüberwachung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern sowie von Systemen, Bauteilen und selbständigen technischen Einheiten für diese Fahrzeuge[307] zur Beratung an. Im September 2016 befasste sich der Ausschuss mit der „Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen ‚Eine europäische Strategie für emissionsarme Mobilität'"[308], im Januar 2017 mit der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 13. September 2016 zu der Untersuchung zu Emissionsmessungen in der Automobilindustrie (2016/2090(INI))[309].

11. Klimaschutz und EEG

Änderungen beim Gesetz für den Ausbau erneuerbarer Energien (**EEG**) erörterte der Ausschuss ebenfalls. Unter anderem ließ er sich im Jahr 2014 vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur über den Verkehrssektor betreffende Änderungen beim EEG informieren.

Der **Klimaschutz** spielte in vielfältigen Zusammenhängen eine Rolle bei den Ausschussberatungen. Unter anderem beriet der Ausschuss im September 2016 einen Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Verkehrspolitik auf Klimaschutzziele ausrichten"[310] [311].

12. Seilbahnen

Auch **Seilbahnen** waren ein Thema der Ausschussberatungen. Im März 2017 beriet der Ausschuss das „Gesetz zur Durchführung der Verordnung (EU) 2016/424 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 über Seilbahnen und zur Aufhebung der Richtlinie 2000/9/EG[312] (Seilbahndurchführungsgesetz - SeilbDG)".[313]

[307] Ratsdok.-Nr. 5712/16
[308] Ratsdok.-Nr. 11333/16
[309] P8TA-PROV(2016)0322
[310] Drucksache 18/7887
[311] hib 171/2016
[312] hib 115/2017
[313] Drucksache 18/11258

13. Wetter

Im Juni 2016 befasste sich der Ausschuss im Hinblick auf die Auswirkungen auf das Verkehrssystem mit der Situation in den seinerzeit von starken Unwettern betroffenen Regionen (insbesondere Baden-Württemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen). Auch der **Hochwasserschutz** war im Hinblick auf den Verkehrssektor ein Thema, mit dem sich der Ausschuss 2016 auseinandergesetzt hat.

Was vielfach nicht bekannt ist: auch der **Wetterdienst** fällt in die Zuständigkeit des Ausschusses. Vor diesem Hintergrund hatte er sich in der 18. Wahlperiode mit dem „Ersten Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Deutschen Wetterdienst“ zu befassen[314], bei dem es um die Schaffung der gesetzlichen Voraussetzungen für eine entgeltfreie Abgabe von bestimmten meteorologischen Daten und diesbezüglichen Leistungen ging. Zu diesem Gesetzentwurf führte der Ausschuss am 26. April 2017 eine öffentliche Anhörung[315] durch[316]. Abgeschlossen hat der Ausschuss die Beratungen dann am 21. Juni 2017. Er schlug dem Plenum dabei mehrheitlich die Annahme des Gesetzentwurfes mit Einschränkungen zu der im Regierungsentwurf vorgesehenen entgeltfreien Bereitstellung von Dienstleitungen des Deutschen Wetterdienstes vor[317] [318].

14. Raumordnung

Das Thema **Raumordnung** fällt ebenfalls in die Zuständigkeit des Ausschusses. Ein Gesetz zur Änderung raumordnungsrechtlicher Vorschriften hat er im Jahr 2017 verhandelt[319].

[314] Drucksache 18/11533, hib 178/2017
[315] Wortprotokoll der 109. Sitzung
[316] hib 256/2017
[317] hib 384/2017
[318] Beschlussempfehlung und Bericht Drucksache 18/12836
[319] Drucksache 18/10883

15. Digitale Infrastruktur

Breitbandausbau und Netzzugang waren in der 18. Wahlperiode zentrale Themen im Bereich der digitalen Infrastruktur. Schon bei dem Antrittsbesuch von Bundesminister Alexander Dobrindt im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur im Januar 2014 spielte dieses Thema eine große Rolle[320].

Auch das Gesetz zur Erleichterung des Ausbaus digitaler Hochgeschwindigkeitsnetze (**DigiNetzG**)[321] [322] [323]ist hier zu erwähnen. Der Ausschuss führte zu diesem Gesetz im Juni 2016 eine öffentliche Anhörung durch[324] [325].
Bereits 2014 hatte er einen Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD „Moderne Netze für ein modernes Land - Schnelles Internet für alle“ beraten[326] [327]. Im April 2014 wurde ein ausführliches Informationsgespräch mit dem Breitbandbüro des Bundes (BBB) geführt, in dem sich der Ausschuss über dessen Aufgaben und Möglichkeiten beim Breitbandausbau informierte. Im November 2014 beriet der Ausschuss das Kursbuch Netzallianz. Im Dezember 2016 befasste er sich mit dem Vorschlag zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1316/2013 und (EU) Nr. 283/2014 im Hinblick auf die Förderung der Internetanbindung in Kommunen[328].

Ein kontrovers diskutiertes Thema war der Umgang mit Plänen der Deutschen Telekom für **Vectoring** (einer Erweiterung von VDSL2 für höhere Übertragungsraten bei Kupferkabeln) im Nahbereich. Im Januar 2016 ließ sich der Ausschuss durch das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, durch den Vizepräsidenten der Bundesnetzagentur Dr. Wilhelm Eschweiler sowie den Vorsitzenden der 3. Beschlusskammer der Bundesnetzagentur Ferdinand Wilmsmann über den Sachstand zum Entscheidungsverfahren beim Thema Vectoring im Nahbereich sowie über das Sondergutachten der Monopolkommission „Telekommunikation 2015: Märkte im Wandel"[329] informieren.

[320] hib 42/2014
[321] Drucksache 18/8332
[322] hib 383/2016
[323] hib 263/2016
[324] Wortprotokoll der 70. Sitzung
[325] hib 343/2016
[326] Drucksache 18/1973
[327] hib 497/2014
[328] Ratsdok.-Nr. 12259/16
[329] Drucksache 18/7010

Das Sondergutachten der Monopolkommission „Wettbewerbspolitik: Herausforderung digitale Märkte“[330] war Gegenstand eines am 22. März 2017 im Ausschuss geführten Gesprächs mit dem **Vorsitzenden der Monopolkommission**, Professor Achim Wambach.

Die Nutzung zusätzlicher **Funkfrequenzen für den Mobilfunk** war ebenfalls Thema der Ausschussberatungen. Im Juli 2015 ließ sich der Ausschuss über das Ergebnis der von der Bundesnetzagentur durchgeführten Versteigerung von Funkfrequenzen für mobiles Breitband unterrichten[331]. Dabei ging es insbesondere um die Versteigerung von Funkfrequenzen, welche durch die Umstellung von DVB-T auf DVB-T2 frei wurden (sog. Digitale Dividende II).

Im November 2014 war der Bericht der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat über die Bestandsaufnahme der Funkfrequenzen[332] beraten worden. Im Oktober 2015 befasste sich der Ausschuss mit dem Vorschlag für einen Beschluss des Rates über den auf der Weltfunkkonferenz 2015 (WRC-2015) der Internationalen Fernmeldeunion (ITU) zu vertretenden Standpunkt der Europäischen Union[333]. 2016 stand ein Vorschlag für einen Beschluss zur Nutzung des Frequenzbands 470-790 MHz in der Union[334] auf der Tagesordnung. Im Dezember 2016 befasste sich der Ausschuss[335] mit der Mitteilung der Kommission „5G für Europa: ein Aktionsplan“[336].

Verbesserungen im Bereich **WLAN** waren ebenfalls Gegenstand der Ausschussberatungen. Die Frage der Störerhaftung für die Betreiber von WLAN-Netzen wurde im Ausschuss ausführlich erörtert, obwohl er bei dieser Frage nicht federführend war[337].

Diskutiert wurde auch die Frage der Verfügbarkeit von WLAN-Verbindungen in Zügen. Im März 2014 ließ sich der Ausschuss vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur zum Thema „WLAN-Anschluss im Schienenverkehr“ berichten.

[330] Drucksache 18/5080
[331] hib 343/2015
[332] Ratsdok. 12873/14
[333] Ratsdok. Nr. 9455/15
[334] Ratsdok.-Nr. 5814/16
[335] hib 733/2016
[336] Ratsdok.-Nr. 12279/16
[337] s. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Energie zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung -18/12202, 18/12496- Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Telemediengesetzes, Drucksache 18/13010.

Auch mit dem **Telekommunikationsbinnenmarkt** befasste sich der Ausschuss. Im Zusammenhang mit einem Vorschlag über Maßnahmen zum europäischen Binnenmarkt der elektronischen Kommunikation und zur Verwirklichung des vernetzten Kontinents und zur Änderung der Richtlinien 2002/20/EG, 2002/21/EG und 2002/22/EG und der Verordnungen (EG) Nr. 1211/2009 und (EU) Nr. 531/2012[338] und mit der Mitteilung der Kommission über den Telekommunikationsbinnenmarkt[339] führte er im Januar 2015 ein Gespräch mit Vertreterinnen der Bundesnetzagentur und des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie.

Intelligente Mobilität ist ein Thema, welches zugleich Verkehr und digitale Infrastruktur betrifft. Im Februar 2016 beriet der Ausschuss dazu einen Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD „Intelligente Mobilität fördern - Die Chancen der Digitalisierung für den Verkehrssektor nutzen“[340] [341]. Im Mai 2017 stand dann das Erste Gesetz zur Änderung des Intelligente Verkehrssysteme Gesetzes auf der Tagesordnung[342]. Bei diesem Gesetz ging es vor allem um die Umsetzung der Verpflichtung der Mitgliedstaaten, eine unabhängige und unparteiische Nationale Stelle zu benennen, die beurteilt und prüft, ob die in den Verordnungen aufgestellten Anforderungen durch die Anbieter von Verkehrsinformationen („Datenlieferanten“) eingehalten werden[343].

[338] Ratsdok.-Nr: 13555/13
[339] Ratsdok.-Nr: 13562/13
[340] Drucksache 18/7362
[341] hib 53/2016
[342] Drucksache 18/11494
[343] hib 190/2017

V. Aktivitäten außerhalb der Sitzungen

1. Erweiterte Berichterstattergespräche

Der Ausschuss hat seine Arbeit nicht nur in den Ausschusssitzungen geleistet. Viele Themen wurden auch im Rahmen von erweiterten Berichterstattergesprächen, Fachgesprächen oder Berichterstattergesprächen im kleineren Kreis erörtert. Dazu gehören mehrere Gespräche zum Flughafen BER (s. o.), aber auch zum Schutz der digitalen Infrastruktur, zur Schiffsbesetzungsverordnung, zur Traditionsschifffahrt, zu den Lenk- und Ruhezeiten, zum Fernbus, zur Schall 03, zur Berufskraftfahrerqualifikation und zu den Eisenbahnpaketen.

2. Internationale Kontakte

Auch in der 18. Wahlperiode hat der Ausschuss zahlreiche internationale Kontakte gepflegt. Er hat sich auf insgesamt zwölf Delegationsreisen ins Ausland informiert; fast alle fanden innerhalb Europas statt.

3. Besuch in Polen 2016 – Foto mit Sejmmarschall Marek Kuchciński

Die Zusammenarbeit mit anderen Ländern in Verkehrsfragen war auch in der 18. Wahlperiode ein wichtiges Themenfeld für Delegationsreisen des Ausschusses. Dabei standen der Betrieb transnationaler Verkehrsachsen sowie Kooperationsmöglichkeiten bei Bau, Betrieb und Nutzung von Verkehrsinfrastruktur im Vordergrund. Auch der Themenbereich der Digitalen Infrastruktur spielte bei den Gesprächen im Ausland eine zunehmend wichtige Rolle.

Einen Schwerpunkt der Reise des Ausschusses nach **Tschechien** im Juni 2014 bildeten die Gespräche mit Abgeordneten, Vertretern der Regierung, der Wirtschaft und von Nichtregierungsorganisationen zu Fragen des grenzüberschreitenden Verkehrs. Es ging hier insbesondere um die Verwirklichung und Verbesserung von Verbindungen zwischen Deutschland und Tschechien durch Verkehrsprojekte auf Schiene und Straße. Ferner setzte sich die Delegation mit zwei konkreten Vorhaben im Bereich der Binnenschifffahrt auseinander.

Bei einer Delegationsreise in die **USA** im Oktober 2014 verfolgten die Ausschussmitglieder vor allem das Ziel, in Gesprächen mit Abgeordneten, der Regierung, Vertretern von Regulierungsbehörden und Unternehmen aus der IT-Branche bzw. der Telekommunikationswirtschaft Erkenntnisse über die Entwicklung der dortigen digitalen Infrastruktur und über Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit Deutschland in diesem Sektor in Erfahrung zu bringen. Ein besonderes Augenmerk legte die Delegation auf die rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen für den Breitbandausbau. Die Gespräche der Delegation im Bereich Verkehrspolitik betrafen u.a. das gemeinsame Luftverkehrsabkommen, das Thema Emissionshandel im Luftverkehr sowie den Aufbau eines Hochgeschwindigkeits-Eisenbahnnetzes in Kalifornien.

Im Frühjahr 2015 standen bei einer Delegationsreise nach **Österreich** und in die **Schweiz** Verkehrsfragen im Vordergrund. Der Ausschuss hat sich unter anderem über die Erfahrungen der beiden Nachbarländer mit Infrastrukturfinanzierung und Infrastrukturerhaltung informiert. Zudem ging es bei den Gesprächsterminen um die nachbarschaftlichen Verkehrsbeziehungen. In diesem Zusammenhang wurden insbesondere der alpenquerende Güterverkehr und Projekte zur Verlagerung des Transitverkehrs auf die Schiene sowie die kurz vor Beginn der Reise vom Deutschen Bundestag beschlossene Einführung einer Infrastrukturabgabe („PKW-Maut“) erörtert. Der Umgang mit grenznahen Flughäfen, die Bekämpfung von (Schienen-)Verkehrslärm sowie die Erfahrungen in den Nachbarländern mit Beteiligungsprozessen bei der Planung von Großprojekten im Verkehrsbereich waren weitere Themen dieser Informationsreise.

Auf dem Programm eines Arbeitsbesuchs bei der **EU** in Brüssel im März 2015 standen Gespräche mit deutschen Mitgliedern des Europäischen Parlaments aus den Ausschüssen für Verkehr und Fremdenverkehr, Kultur und Bildung sowie Industrie, For-

schung und Energie, ebenso mit den zuständigen EU-Kommissaren für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft sowie für Verkehr. Themen waren die geplante Einführung einer Infrastrukturabgabe für PKW in Deutschland, die Verhandlungen auf europäischer Ebene über das vierte Eisenbahnpaket sowie die Perspektiven für die Vervollständigung des Binnenmarktes im Transportbereich und für die Entwicklung einer digitalen europäischen Strategie.

Gespräch mit EU-Kommissarin Violeta Bulc in Brüssel März 2015

©European Union, 2015

Bei einer Delegationsreise im April 2016 nach **Großbritannien** (London und Edinburgh) lagen die inhaltlichen Schwerpunkte auf dem Schienenverkehr und auf der Entwicklung des Fernbusverkehrs, insbesondere auf der Gestaltung der Angebote für Reisende und der notwendigen Infrastruktur für Haltepunkte und Bahnhöfe.

Im Vordergrund einer Delegationsreise nach **Polen** im Juni/Juli 2016 stand der grenzüberschreitende Verkehr, der Ausbau der Eisenbahninfrastruktur sowie Logistik und Güterverkehr zwischen beiden Ländern. Der Dialog wurde bei dem Besuch einer Delegation des Infrastrukturausschusses des Sejm in Berlin im März 2017 fortgesetzt.

Im Mittelpunkt von Delegationsreisen nach **Frankreich** (Oktober 2015) und **Dänemark** (November 2016) standen gemeinsame Sitzungen mit den dort jeweils für Verkehr zuständigen Parlamentsausschüssen. Dabei lag der thematische Schwerpunkt in Kopenhagen auf dem Projekt „Feste Fehmarnbeltquerung“, die Fehmarn (Deutschland) und Lolland (Dänemark) verbinden soll. Ein zentrales Thema war außerdem die Fahrradstrategie der Stadt Kopenhagen.

Dem Hafen Rotterdam in den **Niederlanden** haben Mitglieder des Ausschusses im Mai 2016 einen Besuch abgestattet.

Im Februar 2017 besuchte eine Delegation des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur **Portugal**. In Lissabon standen Fragen des Seeverkehrs und der Meerespolitik im Zentrum. Die Delegation besuchte zudem die in Lissabon ansässige Europäische Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs (EMSA). Ein weiterer Themenschwerpunkt der Reise waren Planung, Realisierung, Finanzierung und Verwaltung von Verkehrsinfrastruktur.

Im Vordergrund einer Delegationsreise in **Finnlands** Hauptstadt Helsinki im Mai 2017 stand das Thema Digitalisierung, insbesondere in den Bereichen Verkehr und öffentliche Verwaltung. Ebenso interessierten sich die Abgeordneten des Ausschusses für den Ausbau der digitalen Infrastruktur in ländlichen Räumen. Darüber hinaus führten sie Gespräche über Themen im Verkehrsbereich, so über die Regulierung neuer Mobilitätsangebote, automatisiertes und vernetztes Fahren, Straßennutzungsgebühren sowie die geplante transeuropäische Eisenbahnverbindung „Rail Baltica“.

Eingeladen hat der Ausschuss **Parlamentarierdelegationen** korrespondierender Ausschüsse aus Polen (März 2017) und dem Iran (April 2017).

Darüber hinaus haben der Ausschuss oder einzelne Mitglieder für ihn in Berlin Gespräche mit Repräsentanten der EU – wie Kommissarin Bulc, Kommissar Oettinger, Vizepräsident Ansip und den Generaldirektoren Machado und Hololei –, sowie mit Repräsentanten aus Bulgarien, China, Dänemark, Finnland, Indonesien, Polen, Schweden, Tschechien und Uganda geführt.

3. Besuche von Veranstaltungen im Inland

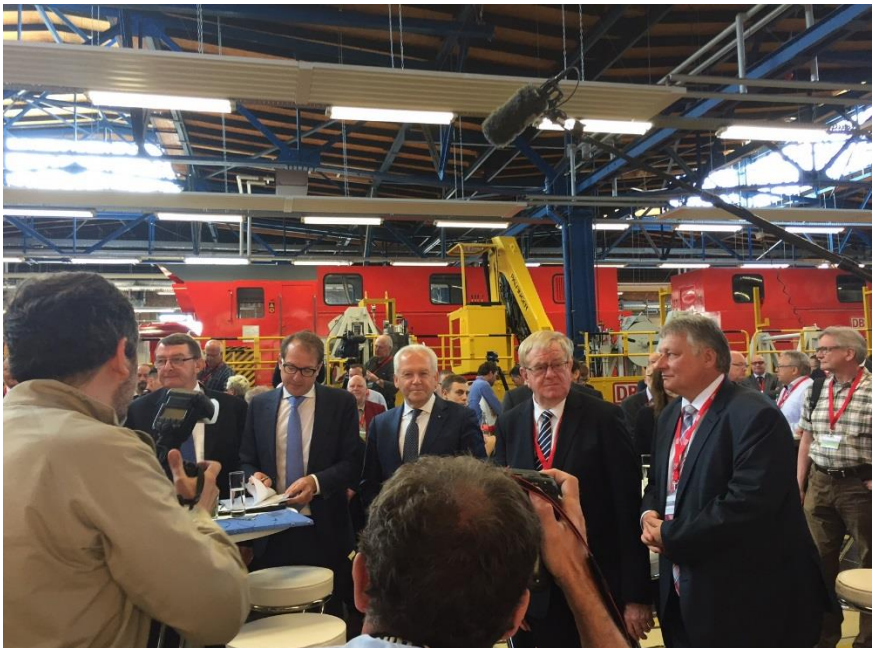
Der Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur hat auch eine Reihe von Exkursionen im Inland unternommen. Er hat Messen wie die Internationale Funkausstellung (**IFA**), die **Innotrans**, die Internationale Luftfahrtausstellung (**ILA**) und die **CeBIT** besucht. Besichtigungen der Baustelle des Flughafens **BER** wurden bereits erwähnt. Zudem hat der Ausschuss **Volkswagen** in Wolfsburg besucht, den **Hamburger Hafen** besichtigt und sich vor Ort ein Bild von der **eHighway-Versuchsstrecke** von Siemens in Groß Dölln gemacht.

3. Besuch der DB-Mindbox
Juli 2016

In Berlin haben sich Mitglieder des Ausschusses unter anderem im **Infopoint Lärmschutz** der DB informiert, haben sich in der **DB Mindbox** am Bahnhof Jannowitzbrücke innovative Ideen zur Digitalisierung im Bahnverkehr präsentieren lassen und haben an den Feiern zu **„25 Jahre ICE“** teilgenommen.

3. 25 Jahre ICE – der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende mit Bundesminister Dobrindt und Bahnchef Dr. Grube

Juni 2016



Beim **Deutschen Verkehrsgerichtstag** 2016 wurde der Ausschuss durch seinen Vorsitzenden Martin Burkert vertreten, beim Deutschen Verkehrsgerichtstag 2017 durch seinen Stellvertretenden Vorsitzenden Reinhold Sendker.

Mit dem **Bau- und Verkehrsausschuss des Deutschen Städtetages** hat der Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur Arbeitssitzungen durchgeführt. An einer Veranstaltung mit dem BMVI zum Thema "**Saubere Mobilität mit Wasserstoff und Brennstoffzelle**" hat er sich ebenfalls beteiligt.

Empfangen hat der Ausschuss unter anderem Mitglieder der Kammerunion Elbe/Oder und des Konzernbetriebsrates der DB AG. Zudem wurden ihm Petitionen zu verschiedenen Themen von Abordnungen der jeweiligen Petenten übergeben.

Zwei **Onlinechats** wurden zu den Themen „Helmpflicht"[344] und „Ablenkung: die unterschätzte Gefahr?"[345] mit Mitgliedern des Ausschusses durchgeführt.

Chat „Ablenkung: die unterschätzte Gefahr?"

Juni 2015

©DBT/Melde

[344] Chatprotokoll „Helmpflicht" (4. November 2014)
[345] Chatprotokoll „Ablenkung, die unterschätzte Gefahr" (9. Juni 2015)

Anhang 1 – Mitglieder

Mitglieder
des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur
in der 18. Wahlperiode

Ordentliche Mitglieder

CDU/CSU

Manfred Behrens, MdB

Veronika Bellmann, MdB

Steffen Bilger, MdB

Michael Donth, MdB

Dirk Fischer, MdB

Alexander Funk, MdB
(bis 31.08.2017)

Karl Holmeier, MdB

Thomas Jarzombek, MdB

Hans-Werner Kammer, MdB

Günter Lach, MdB

Ulrich Lange, MdB

Matthias Lietz, MdB

Daniela Ludwig, MdB

Florian Oßner, MdB

Patrick Schnieder, MdB

Reinhold Sendker, MdB

Gero Storjohann, MdB

Markus Uhl
(ab 01.09.2017)

Thomas Viesehon, MdB

Peter Wichtel, MdB

Oliver Wittke, MdB

SPD

Martin Burkert, MdB

Martin Dörmann, MdB

Rita Hagl-Kehl, MdB

Sebastian Hartmann, MdB

Gustav Herzog, MdB

Arno Klare, MdB

Birgit Kömpel, MdB

Kirsten Lühmann, MdB

Dr. Birgit Malecha-Nissen, MdB

Andreas Rimkus, MdB

Annette Sawade, MdB

Udo Schiefner, MdB

Stefan Zierke, MdB

DIE LINKE

Herbert Behrens, MdB

Sabine Leidig, MdB

Thomas Lutze, MdB

Annette Groth, MdB

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Matthias Gastel, MdB

Stephan Kühn, MdB

Markus Tressel, MdB

Dr. Valerie Wilms, MdB

Stellvertretende Mitglieder

CDU/CSU

Maik Beermann, MdB

Dr. André Berghegger

Thomas Dörflinger, MdB

Dr. Astrid Freudenstein, MdB

Sylvia Jörrißen, MdB

Xaver Jung, MdB

Jens Koeppen, MdB

Stephan Mayer, MdB

Karsten Möring, MdB

Dr. Tim Ostermann

Ingrid Pahlmann, MdB

Alois Rainer, MdB

Eckardt Rehberg, MdB

Gabriele Schmidt,, MdB

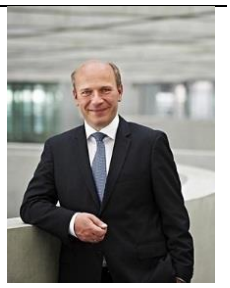
Tino Sorge, MdB

Stephan Stracke, MdB

Arnold Vaatz, MdB

Volkmar Vogel, MdB

Marian Wendt, MdB



Kai Wegner, MdB

SPD

Sören Bartol, MdB

Willi Brase, MdB

Dr. Daniela de Ridder, MdB

Michael Groß, MdB

Bettina Hagedorn, MdB

Stephan Hitschler, MdB

Johannes Kahrs, MdB

Lars Klingbeil, MdB

Ulli Nissen, MdB

Achim Post, MdB

Dr. Simone Raatz, MdB

Dr. Ernst-D. Rossmann, MdB

Bernd Rützel, MdB

DIE LINKE

Roland Claus, MdB

Katrin Kunert, MdB

(bis 21.04.2015)

Caren Lay, MdB

(bis 02.11.2015)

Birgit Menz, MdB

(ab 22.04.2015)

Ralph Lenkert, MdB

(ab 03.11.2015)

Halina Wawzyniak, MdB

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Harald Ebner, MdB

Oliver Krischer, MdB

Christian Kühn, MdB

Tabea Rößner, MdB

Anhang 2 – Liste der Vorlagen

Federführende Gesetzentwürfe und Anträge in der 18. WP

Nr.	Eingangs-datum	Drs.	Titel	Drs. BE
1.	24.04.2014	18/1224	Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 2. Dezember 2010 zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und Georgien andererseits über den Gemeinsamen Luftverkehrsraum (Vertragsgesetz EU-Georgien-Luftverkehrsabkommen - EU-GEO-LuftverkAbkG)	18/1641
2.	28.05.2014	18/1569	Entwurf eines Gesetzes zu dem Luftverkehrsabkommen vom 25. und 30. April 2007 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits (Vertragsgesetz EU-USA-Luftverkehrsabkommen - EU-USA-LuftverkAbkG)	18/1997
3.	28.05.2014	18/1570	Entwurf eines Gesetzes zu dem Europa-Mittelmeer-Luftverkehrsabkommen vom 15. Dezember 2010 zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und dem Haschemitischen Königreich Jordanien andererseits (Vertragsgesetz Europa-Mittelmeer-Jordanien-Luftverkehrsabkommen - Euromed-JOR-LuftverkAbkG)	18/1998

4.	28.05.2014	18/1571	Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 26. Juni 2012 zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten und der Republik Moldau über den Gemeinsamen Luftverkehrsraum (Vertragsgesetz EU-Moldau-Luftverkehrsabkommen - EU-MDA-LuftverkAbkG)	18/1999
5.	17.07.2014	18/2134	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes und der Gewerbeordnung	18/2775
6.	01.09.2014	18/2444	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Bundesfernstraßenmautgesetzes	18/2857
7.	25.09.2014	18/2656	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung mautrechtlicher Vorschriften hinsichtlich der Einführung des europäischen elektronischen Mautdienstes	18/2988
8.	19.11.2014	18/3254	Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Fahrpersonalgesetzes	18/3586
9.	19.11.2014	18/3255	Entwurf eines Gesetzes zu dem Europa-Mittelmeer-Luftverkehrsabkommen vom 10. Juni 2013 zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Regierung des Staates Israel andererseits (Vertragsgesetz Europa-Mittelmeer-Israel-Luftverkehrsabkommen - Euromed-ISR-LuftverkAbkG)	18/3534
10.	03.12.2014	18/3418	Entwurf eines Gesetzes zur Bevorrechtigung der Verwendung elektrisch betriebener Fahrzeuge (Elektromobilitätsgesetz - EmoG)	18/4174
11.	17.12.2014	18/3563	Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes	18/10284
12.	20.01.2015	18/3785	Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes	18/4164

13.	04.02.2015	18/3923	Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Bundesfernstraßenmautgesetzes	18/4454
14.	11.02.2015	18/3990	Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer Infrastrukturabgabe für die Benutzung von Bundesfernstraßen	18/4455
15.	20.02.2015	18/4049	Entwurf eines Gesetzes zur Neufassung der Anhänge F und G zum Übereinkommen vom 9. Mai 1980 über den internationalen Eisenbahnverkehr (COTIF)	18/4408
16.	04.03.2015	18/4202	Entwurf eines Neunten Gesetzes zur Änderung eisenbahnrechtlicher Vorschriften	18/4453
17.	11.03.2015	18/4281	Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung des Bundesfernstraßengesetzes	18/4452
18.	13.05.2015	18/4896	Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 17. September 2012 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Republik Tansania über den Fluglinienverkehr	18/5150
19.	18.06.2015	18/5268	Entwurf eines Gesetzes zu dem Protokoll vom 14. Oktober 2005 zum Übereinkommen vom 10. März 1988 zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Seeschifffahrt und zu dem Protokoll vom 14. Oktober 2005 zum Protokoll vom 10. März 1988 zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit fester Plattformen, die sich auf dem Festlandsockel befinden	18/6084
20.	18.06.2015	18/5269	Entwurf eines Gesetzes über die internationale Zusammenarbeit zur Durchführung von Sanktionsrecht der Vereinten Nationen und über die internationale Rechtshilfe auf Hoher See sowie zur Änderung seerechtlicher Vorschriften	18/6089

21.	18.06.2015	18/5271	Entwurf eines Gesetzes zu dem Protokoll vom 24. Juni 2010 zur Änderung des am 25. und 30. April 2007 unterzeichneten Luftverkehrsabkommens zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten	18/6161
22.	18.06.2015	18/5273	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Binnenschifffahrtsaufgabengesetzes	18/6071
23.	16.07.2015	18/5580	Entwurf eines Gesetzes zu dem Luftverkehrsabkommen vom 16. und 21. Juni 2011 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika als erster Partei, der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten als zweiter Partei, Island als dritter Partei und dem Königreich Norwegen als vierter Partei und zu dem Zusatzabkommen vom 16. und 21. Juni 2011 zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten als erster Partei, Island, als zweiter Partei, und dem Königreich Norwegen, als dritter Partei, betreffend die Anwendung des Luftverkehrsabkommens vom 16. und 21. Juni 2011	18/6072
24.	28.10.2015	18/6487	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaftsgesetzes	18/6669
25.	07.12.2015	18/6931	Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 14. November 2012 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Zusammenarbeit im Bereich des Eisenbahnverkehrs über die deutsch-polnische Staatsgrenze	18/7256
26.	09.12.2015	18/6988	Entwurf eines Fünfzehnten Gesetzes zur Änderung des Luftverkehrsgesetzes	18/8102
27.	20.01.2016	18/7316	Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung der Zuständigkeiten von Bundesbehörden an die Neuordnung der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes	18/7634

			(WSV-Zuständigkeitsanpassungsgesetz - WSVZuAnpG)	
28.	03.02.2016	18/7450	Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 24. Oktober 2014 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über die Nutzung und Verwaltung des Küstenmeers zwischen 3 und 12 Seemeilen	18/7692
29.	21.04.2016	18/8183	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Berufskraftfahrer-Qualifikations-Gesetzes	18/9851
30.	02.05.2016	18/8296	Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 24. September 2014 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Ruanda über den Luftverkehr	18/8672
31.	04.05.2016	18/8332	Entwurf eines Gesetzes zur Erleichterung des Ausbaus digitaler Hochgeschwindigkeitsnetze (DigiNetzG)	18/9023
32.	04.05.2016	18/8334	Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung des Wettbewerbs im Eisenbahnbereich	18/9099
33.	25.05.2016	18/8559	Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes und anderer Gesetze	18/9084
34.	28.06.2016	18/8951	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Artikel 8 und 39 des Übereinkommens vom 8. November 1968 über den Straßenverkehr	18/9780
35.	22.08.2016	18/9440	Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Bundesfernstraßenmautgesetzes	18/10440
36.	05.09.2016	18/9524	Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Bundesschienenwegeausbaugesetzes	18/10513
37.	05.09.2016	18/9527	Entwurf eines Gesetzes über den Ausbau der Bundeswasserstraßen und zur Änderung des Bundeswasserstraßengesetzes	18/10516
38.	05.09.2016	18/9523	Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung des Fernstraßenausbaugesetzes	18/10524

39.	17.10.2016	18/9981	Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes	18/10284
40.	20.10.2016	18/9878	"Entwurf eines Gesetzes zu dem Protokoll vom 27. Juni 1997 zur Neufassung des Internationalen Übereinkommens vom 13. Dezember 1960 über Zusammenarbeit zur Sicherung der Luftfahrt „EUROCONTROL“ "18/9877"	18/10314
41.	21.12.2016	18/10748	Entwurf eines Gesetzes zur Finanzierung der Lärmsanierung an Straßen in kommunaler Baulast (Lärmsanierungsfinanzierungsgesetz - LärmSanFinG)	nicht über-wiesen 94 1 15.02.2017 (ver-tagt)
42.	11.01.2017	18/10818	Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Binnenschifffahrtsaufgabengesetzes	18/11200
43.	18.01.2017	18/10882	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Güterkraftverkehrsgesetzes, des Fahrpersonalgesetzes, des Gesetzes zur Regelung der Arbeitszeit von selbständigen Kraftfahrern, des Straßenverkehrsgesetzes und des Gesetzes über die Errichtung eines Kraftfahrt-Bundesamtes	18/11431
44.	18.01.2017	18/10883	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung raumordnungsrechtlicher Vorschriften	18/11432
45.	23.01.2017	18/10937	Entwurf eines Gesetzes über das Fahrlehrerwesen und zur Änderung anderer straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften	18/11706
46.	25.01.2017	18/11012	Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung des Gesetzes über die Erhebung einer zeitbezogenen Infrastrukturabgabe für die Benutzung von Bundesfernstraßen (Infrastrukturabgabenaufhebungsgesetz - InfrAGAufhG)	18/11646
47.	20.02.2017	18/11236	Entwurf eines Siebten Gesetzes zur Änderung des Bundesfernstraßengesetzes	18/12082

48.	20.02.2017	18/11237	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Infrastrukturabgabengesetzes	18/11646
49.	20.02.2017	18/11258	Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung der Verordnung (EU) 2016/424 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 über Seilbahnen und zur Aufhebung der Richtlinie 2000/9/EG (Seilbahndurchführungsgesetz - SeilbDG)	18/11702
50.	20.02.2017	18/11300	Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes	18/11776
51.	22.02.2017	18/11285	Entwurf eines Gesetzes zur Bevorrechtigung des Carsharing (Carsharinggesetz - CsgG)	18/11770
52.	22.02.2017	18/11287	Entwurf eines Gesetzes zum Verbot des Betriebs lauter Güterwagen (Schienenlärmschutzgesetz – SchlärmschG)	18/11769
53.	22.02.2017	18/11288	Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung der Eisenbahnunfalluntersuchung	18/11666
54.	22.02.2017	18/11292	Entwurf eines Gesetzes über das Verfahren für die elektronische Abgabe von Meldungen für Schiffe im Seeverkehr über das Zentrale Meldeportal des Bundes und zur Änderung des IGV-Durchführungsgesetzes	18/11703
55.	13.03.2017	18/11494	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Intelligente Verkehrssysteme Gesetzes	18/12411
56.	15.03.2017	18/11533	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den Deutschen Wetterdienst	18/12836
57.	17.03.2017	18/11558	Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 8. Dezember 2016 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Agentur für Flugsicherheit über den Sitz der Europäischen Agentur für Flugsicherheit	18/11768
58.	29.03.2017	18/11747	Entwurf eines Gesetzes zur Gestaltung des Schienenpersonenfernverkehrs	nicht über-wiesen

			(Schienenpersonenfernverkehrsgesetz - SPFVG)	
59.	29.03.2017	18/11748	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Personenbeförderungsgesetzes zur Sicherung von Qualitäts- und Sozialstandards im öffentlichen Personennahverkehr (PBefG-Änderungsgesetz)	nicht über-wiesen
60.	26.05.2017	18/12513	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Übereinkommens über den internationalen Eisenbahnverkehr (COTIF) vom 9. Mai 1980	18/12518
61.	30.04.2014	18/1280	Verordnung zur Änderung der Sechzehnten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verkehrslärmschutzverordnung - 16. BImSchV)	18/1871
62.	13.10.2014	18/2849	Verordnung zur Änderung der Sechzehnten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verkehrslärmschutzverordnung - 16. BImSchV)	18/3065

Anträge

63.	19.02.2014	18/592	Den Aufsichtsrat der Deutschen Bahn AG neu und verantwortungsvoll besetzen	18/1845
64.	13.03.2014	18/806	Keine Einführung einer Pkw-Maut in Deutschland	18/4455
65.	07.05.2014	18/1341	Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung konsequent fortsetzen	18/3536
66.	04.06.2014	18/1620	LKW-Maut nachhaltig und ökologisch ausrichten	18/2857
67.	02.07.2014	18/1973	Moderne Netze für ein modernes Land - Schnelles Internet für alle	18/2778
68.	09.09.2014	18/2494	Rückzug der Deutschen Bahn AG bei Nacht- und Autoreisezügen stoppen - Nachhaltige Reisekultur in Europa fördern	18/4080
69.	08.10.2014	18/2748	Maritime Ausbildung in Kooperation mit den Küstenländern neu ausrichten	18/3895

70.	04.11.2014	18/3041	Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung zukunftsfest gestalten	18/3536
71.	05.11.2014	18/3051	Kommunen von den Kosten für bauliche Maßnahmen an Kreuzungen von Eisenbahnen und Straßen befreien	18/6570
72.	12.11.2014	18/3153	Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung zur Erhaltung der Schienenwege jetzt neu verhandeln	18/3938
73.	22.12.2014	18/3647	Offene Fragen zum Bahnhofsprojekt Stuttgart 21 aufklären	18/5399
74.	04.02.2015	18/3912	Elektromobilität entschlossen fördern - Chance für eine zukunftsfähige Mobilität nutzen	18/4229
75.	04.02.2015	18/3917	Transparenz herstellen und Verhandlungen über den Ausstieg aus dem Staatsvertrag über den Bau einer festen Fehmarnbelt-Querung aufnehmen	18/4925
76.	03.03.2015	18/4186	Gewährleistung des Schienenpersonenfernverkehrs	18/5246
77.	18.03.2015	18/4331	Fluglärm wirksam reduzieren	18/5247
78.	01.07.2015	18/5406	Änderung der Eisenbahnbau- und Betriebsordnung zur Erhöhung der Sicherheit im Eisenbahnverkehr	18/9098
79.	23.09.2015	18/6070	Zum Schutz der Verbraucher - Unzutreffende Angaben beim Spritverbrauch und Schadstoffausstoß von PKW beenden	18/7533
80.	13.10.2015	18/6325	Die notwendigen Konsequenzen aus dem Betrugsskandal um Kfz-Abgase ziehen	18/7533
81.	14.10.2015	18/6334	Aus dem Pkw-Abgasskandal Konsequenzen ziehen - Wettbewerbsfähigkeit der Automobilindustrie sichern	18/7533
82.	03.11.2015	18/6547	Planungen für die Gründung einer Bundesfernstraßengesellschaft sofort einstellen	18/8885
83.	02.12.2015	18/6884	Finanzierung eines bürgerfreundlichen und umweltgerechten Ausbaus der Rheintalbahn jetzt sicherstellen	18/7388
84.	16.12.2015	18/7050	Keine Behinderung des Windenergieausbaus durch Radaranlagen	18/7851

85.	26.01.2016	18/7362	Intelligente Mobilität fördern - Die Chancen der Digitalisierung für den Verkehrssektor nutzen	18/7635
86.	27.01.2016	18/7374	Entkriminalisierung des Fahrens ohne Fahrschein - Polizei und Justiz entlasten	18/11585
87.	17.02.2016	18/7550	Pkw-Abgasskandal aufklären und für eine bessere Luftqualität in Städten sorgen	nicht über-wiesen
88.	17.02.2016	18/7554	Deutschland-Takt jetzt umsetzen - Weichen in der Bundesverkehrswegeplanung richtig stellen	18/10515
89.	17.02.2016	18/7566	Ausstieg aus Stuttgart 21 - Die Deutsche Bahn AG vor einem finanziellen Desaster bewahren	18/9085
90.	24.02.2016	18/7652	Intelligente Mobilität fördern - Rechtssichere Regelung zur Ausweisung von Carsharing-Stationen schaffen	18/11770
91.	16.03.2016	18/7882	Bericht zu den angeordneten Nachprüfungen von Diesel-Pkw vorlegen	18/8886
92.	16.03.2016	18/7887	Verkehrspolitik auf Klimaschutzziele ausrichten	18/9819
93.	16.03.2016	18/7904	Die Nachtzüge retten - Klimaverträglichen Fernreiseverkehr auch in Zukunft ermöglichen	18/12775
94.	13.04.2016	18/8074	Drohende Streckenstilllegungen verhindern - Regionalisierungsmittel erhöhen	18/8362
95.	13.04.2016	18/8075	Bundesverkehrswegeplan 2030 zurückziehen - Klimaschutz- und sozialökologische Nachhaltigkeitsziele umsetzen	18/10514
96.	13.04.2016	18/8083	Den Bundesverkehrswegeplan zum Bundesnetzplan weiterentwickeln	18/10514
97.	10.05.2016	18/8392	Drohende Streckenstilllegungen verhindern - Keine Kürzung bei Regionalisierungsmitteln in Ostdeutschland	18/8769
98.	11.05.2016	18/8397	PKW-Maut zurückziehen und Konflikt mit der EU-Kommission beenden	18/10015
99.	06.07.2016	18/9039	Kostenentwicklungen beim Bahnhofsprojekt Stuttgart 21 kritisch prüfen	18/9863
100.	19.07.2016	18/9223	Unentgeltliche Nutzung der WC-Anlagen an	18/12874

			Bundesautobahnen und Bahnhöfen	
101.	19.10.2016	18/10033	Fahrverbot für laute Güterwagen	18/11144
102.	19.10.2016	18/10060	Ausstieg und Umstieg bei dem Bahnprojekt Stuttgart 21	erledigt gem. § 125 GO
103.	22.11.2016	18/10383	Die Bahnpolitik auf das richtige Gleis setzen	18/11219
104.	21.12.2016	18/10747	Investitionsstau auflösen - Zukunft des ÖPNV sichern - Jetzt die Weichen für den öffentlichen Verkehr von morgen stellen	18/12536
105.	25.01.2017	18/10978	Fairen Wettbewerb und kommunale Gestaltungsmöglichkeiten im Nahverkehr sicherstellen	18/12875
106.	25.01.2017	18/11011	Offenlegung von Gutachten zur Deutschen Bahn AG	18/12528
107.	29.03.2017	18/11729	Radverkehr konsequent fördern	18/12816
108.	16.05.2017	18/12363	Kooperationsmodelle im Nachtzugverkehr stärken	18/12775